

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Monat. Eingetr. in der Post-Bekanntmachung-Verzeichnisse für 1895 unter Nr. 7129.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Sonntag, den 2. März 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Die bevorstehenden Grafschaftsraths-Wahlen.

London, Ende Februar 1895.

Nächsten Sonntag, den 2. März, finden die Neuwahlen zum Londoner Grafschaftsrath statt, und seit Wochen ist bereits die Agitation dazu im Gange. Wie bei den Schulraths-Wahlen handelt es sich auch hier hauptsächlich um die Frage, welche der beiden Wirthschafts-Parteien, die Progressiven oder die Moderates, für die nächsten drei Jahre in „Spring Gardens“ die Mehrheit haben soll. Spring Gardens heisst der Platz, wo der Grafschaftsrath in einem Gebäude tagt, das einer mächtig bevölkerten Provinzialstadt — man kann nicht sagen, zur besonderen Zierde, aber doch vielleicht zur angemessenen Unterbringung ihrer Lokalvertretung gereichen möchte. Als Domizil der Vertretung von Gross-London mit seinen nahezu 6 Millionen Einwohnern ist es in jeder Hinsicht unzulänglich.

Will man den Kampf der bezeichneten Fraktionen sachlich und kurz kennzeichnen, so könnte man sagen, es handelt sich um Allgemeininteresse gegen Sonderinteresse, oder, juristisch ausgedrückt, um Recht der Gemeinschaft gegen erworbenes Recht. So dehnbar, wie die Begriffe „Allgemeininteresse“, „Recht der Gemeinschaft“, so dehnbar ist auch der Begriff dessen, was sich in London „Progressiv“ nennt. Er verbindet Leute, die in der Reichspolitik konservativ sind, mit erklärten Sozialisten und Gewerkschaftsvertretern. Folgernd sieht sich die Fraktion der „Gemäßigten“ fast ausschließlich aus Konservativen und liberalen Unionisten zusammen. Sie vertritt eben sehr bestimmte Interessen, die auch im Reichsparlament nur in jenen Fraktionen sicheren Rückhalt finden. Die städtischen Grundbesitzer, die City-Korporationen, die Kontrakt-Unternehmer, die Gas- und Wasserleitungs-Gesellschaften, das Schaufgewerbe stellen die Kerntruppen der „gemäßigten“ Partei im Grafschaftsrath, denen sich anschliesst die große, sehr große Masse der Krämer und Krämerseelen, die nur ein Kriterium haben für die Thätigkeit ihrer Vertreter: die Höhe der Steuer; für die eine hohe Steuer eine schlechte Verwaltung, eine niedrige Steuer eine gute Verwaltung bedeutet. Ohne diese letztere Klassen wären jene Sonderinteressenten nicht im Stande, die progressivste Mehrheit im jetzigen Grafschaftsrath in eine Minderheit zu verwandeln, mit ihr sind sie eine nicht zu unterschätzende Gegnerschaft, die das Endergebnis der Wahl als immerhin zweifelhaft erscheinen läßt, obwohl im jetzigen Grafschaftsrath die Progressiven über zwei Drittel der Vertreter zählen.

Diese progressivste Vertretung hat, das ist nicht zu leugnen, die Steuerrate erhöht. Aber ebenso wenig kann geleugnet werden, daß sie für den geringen Zufah zur früheren Steuerrate reichlich mehr geleistet und geliefert hat als ihr Vorgänger. Mehr und besser. Der Grafschaftsrath ist weit davon entfernt, eine revolutionäre Körperschaft zu sein, aber auf seinem Verwaltungsgebiet und innerhalb der ihm gesteckten Grenzen hat er wirklich reformierend gewirkt. Es hat keinen Zweck, das im einzelnen vorzuführen, weil es sich in vielen Punkten um Nachhaken von Einrichtungen handelte, die anderwärts wohlgeordnete städtische Verwaltungen längst besitzen. So verdienten z. B. die Verordnungen sind, die der Grafschaftsrath in den ihm unterstellten Parks und öffentlichen Anlagen vorgenommen, um sie dem Volk zugänglich und einladender zu gestalten, so sind das keine Verordnungen, die man nicht anderswo auch hat. Sie erhalten ihre Bedeutung nur durch den Abstand gegenüber dem, was bis dahin gewesen.

Technisch mit Bezug auf die vom Grafschaftsrath ausgeübte Kontrolle über Lebensmittel, Gewichte etc. Bemerkenswerth ist es immerhin, wenn z. B. im gestrigen „Daily Chronicle“ ein Mitglied der sozialdemokratischen Föderation — die dem Grafschaftsrath sehr kritisch gegenübersteht — erklärt, daß „seit der Grafschaftsrath existirt, Kohlenkeller, die früher zwei Tonnen Kohlen hielten, jetzt nur noch anderthalb Tonnen Kohlen halten.“ So schamlos wurde das Publikum früher von den Kohlenlieferanten betrogen. Als der Grafschaftsrath die Kohlenkontrolle übernahm, hatte er im ersten Jahr (1890) anher Verwahrungen zc. 444 gerichtliche Verfolgungen einzuleiten. Im nächsten Jahre fiel die Zahl schon auf 205, im folgenden auf 162 und 1893 waren, bei rund 30 000 Untersuchungen, nur noch 82 Verfolgungen nöthig. Die Zahl der kleinen Leute, die unter diesen Betrügereien zu leiden hatten. Wenn der Grafschaftsrath die Wasser- und Gasversorgung der Hauptstadt in seine Hand zu bringen sucht, so ist dieser „Municipal-Socialismus“ ziemlich alt, und selbst sein Vordringen, die Pferdebahnen in eigenen Betrieb zu nehmen, ist nichts Unerhörtes. Bis soweit haben wir nur eine energisere Wahrung kommunaler Interessen als vordem zu verzeichnen.

Eine wirkliche Neuerung stellt die Arbeiterpolitik des Grafschaftsrathes dar, und sie kann als Anhaltspunkt gelten für die konkrete Anwendung, die der Begriff „Interesse der Gemeinschaft“ bei der Grafschaftsmehrheit findet. Ehemalig würde er so aufgefaßt worden sein, daß je weniger für erforderliche Arbeiten zu zahlen wäre, umso besser die Gemeinschaft dabei wäre. Der Grafschaftsrath hat hier bekanntlich Wandel eintreten lassen. Er hat anerkannt, daß die Willkür nicht auf Kosten der Arbeiter erzielt werden darf. Er hat seinen Vieserorten als Bedingung vorgeschrieben, anständliche Löhne zu zahlen, hat, nach Konsultation mit den organisierten Arbeitern, einen von diesen anerkannten Maßstab zur Entscheidung der Frage, was ein anständlicher Lohn ist, geschaffen, und hat schließlich, gegenüber einer Verwahrung von Kontraktunternehmern, welche diese Klausel zu Fall bringen wollten, ein eigenes Betriebsdepartement errichtet, das mit Beiseitenschiebung des Zwischenunternehmers seine Arbeiter von einem Stake direkt angeworbener Arbeiter unter kompetenter Leitung anführen läßt.

Dieses Betriebsdepartement ist das Gruselthier aller Reaktionsäre, während seine Popularität in Arbeiterkreisen sich aus der Thatfache ergibt, daß auf einer Konferenz der Independent Labour Party über die bei dieser Wahl zu beobachtende Taktik der Antrag gestellt wurde, überall da, wo kein Parteimitglied kandidirt, nur solche Kandidaten zu unterstützen, die sich für Aufrechterhaltung des Betriebsdepartements verpflichten. Der Antrag wurde abgelehnt, weil die Mehrheit aus prinzipiellen Gründen für unbedingte Stimmen-Enthaltung gegenüber allen nicht von sozialistischen Organisationen aufgestellten Kandidaten war — ein Beschluß, der von der großen Mehrheit der überhaupt am öffentlichen Leben theilnehmenden Arbeiter nicht befolgt werden und selbst in sozialistischen Kreisen als von fraglichem Werth betrachtet wird. Indes das müssen die Genossen von der Independent Labour Party unter sich abmachen. Das Werk, das Londons Grafschaftsrath in der Vergangenheit geleistet, heißt es in einem Aufruf des Londoner Bauarbeiterverbandes zu gunsten progressivster Kandidaten im District South Hackney, „ist von solcher Art, daß selbst seine bittersten Gegner es nicht zu verdammen wagen, wenn sie einer Londoner Versammlung gegenüberstehen.“ Ein hervorragendes Mitglied des Verbandes, R. T. Taylor, ist seinerzeit von den Progressiven ernannt worden als Grafschaftsrath, und der Sekretär der Erdarbeiter zc. Union, A. Humphrey, ist progressivster Kandidat für den genannten Wahlbezirk. Auch Ben Tillet

von der Independent Labour Party ist zur Zeit noch progressivster Kandidat. Andere Gewerkschaftsführer, die als Progressiven kandidiren, sind C. Great, Schuhmacher, W. Steadmann, Schiffzimmerer, W. Cooper, Zigarrenmacher, J. Branch (Schuhmacher), W. Crooks (Wittcher), H. Gosling (Kadefschiff-Führer). Mit Ausnahme des zuletzt genannten gehörten alle diese dem abtretenden Grafschaftsrath an. Als Progressiven kandidiren ferner, wie schon früher, Sidney Webb von der Fabian Society und John Burns. Die Independent Labour Party hat sechs Kandidaten aufgestellt: P. Curran, F. Hammit, J. Morgan, P. Seelling, W. Holps. Ferner kandidiren zwei Mitglieder der Sozialdemokratischen Föderation: C. F. Davies und J. Hallon und zwei „wilde“ Arbeiterkandidaten. Insgesamt sind 118 Mitglieder zu wählen, die Gesamtzahl der progressivsten Kandidaten ist 110, die der „Moderates“ 114. 12 Kandidaten sind parteilos — was aber nicht heißt, daß sie unparteiisch sind.

Daß von den Sozialisten und Arbeitern, die selbständig bezug gegen die Progressiven kandidiren, einige gewählt werden, ist wenig wahrscheinlich. Zu sehr ist der Kampf zwischen diesen und den Moderates zugespitzt, und die Masse der Arbeiter wünscht vor allem eine Niederlage der letzteren. Da nun das Wahlsystem keine Stichwahlen kennt, so gilt das Stimmen für dritte Kandidaten als Stimmzettelvertheilung, die dem Gegner zu gute kommt, und nur unter Ausnahmeverhältnissen lassen es die englischen Arbeiter darauf ankommen. Man muß nicht vergessen, daß bei dieser Wahl immerhin wirkliche Interessen der Arbeiter auf dem Spiele stehen.

Ob die Arbeiter die Mehrzahl der Wähler bilden, weiß ich nicht, halte es aber für unwahrscheinlich, da nur Steuerzahler und die als solche vom Gesetz betrachteten kleinen Wirther Stimmrecht haben. Leider aber muß man außerdem noch mit einem nur zu großen Prozentsatz indifferenter Arbeiter rechnen und mit der nicht geringen Zahl solcher, die hinter den oben bezeichneten bürgerlichen Interessengruppen einberufen.

Die Gegner des jetzigen Grafschaftsrathes sind sehr einflußreich, die Versammlungen lassen das Stärkeverhältniß nur sehr ungenau zum Ausdruck kommen. Hier wirkt vielmehr die stille Propaganda, die unter der Hand ausgegebene Parole. Von den ich weiß nicht wie viel tausend Bier- und Schnapshäusern Londons sind mindestens neun Zehntel Agitationslokale für die Gemäßigten. Der Grafschaftsrath, der die Vereintheiligung Londons in allen Zweigen der Verwaltung erstrebt, hat die City mit ihren reichen Korporationen und deren Stipendiaten gegen sich, ebenso das Gros der Aktionäre der von ihm bedrohten Monopolinstitute, und, wie gesagt, die Krämer und Krämerseelen, die nicht fragen, was für die Steuer geleistet worden, sondern nur, ob sie um einen Penny gestiegen oder gefallen.

Immerhin haben selbst einige konservative Blätter sich auf die Seite der Progressiven gestellt, während andererseits der wiland ultraradikale Herr Chamberlain es sich nicht versagen konnte, für die Reaktionsäre, die sich Moderates nennen, in die Arena zu steigen. Der große Staatsmann von Birmingham ist gegen die Umfirmung Londons, noch ihm soll London in zehn Municipalitäten von der Größe Birmingham eingetheilt werden. Statt einer organischen Vertheilung der Verwaltungsaufgaben, vom Distriktrath (West) aufwärts zum Grafschaftsrath eine mechanische Zerreißung der Hauptstadt in zehn Sondervertretungs-körper. Kein Wunder, daß nicht nur die radikale und liberale Presse, sondern auch Blätter, wie die „Pall Mall Gazette“, „St. James' Gazette“, „Saturday Review“ mit Herrn Chamberlain das ins Gericht gingen.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt südamerikanischer Geschichte.

Man konnte derartige Pläne fassen, weil man in Buenos Aires die tröstliche Nachricht vernommen hatte, daß die brasilianische Regierung mit dem Eingreifen ihrer Truppen in die Revolution sehr unzufrieden gewesen und den Befehlshaber derselben abberufen habe. In dem Lager sammelten sich allmählig wieder Rekruten an, und da man diesmal genügend Geld hatte, um diese lustig leben zu lassen, hatte man in verhältnismäßig kurzer Zeit ungefähr eben so viele Köpfe als früher. Aber die Soldaten hatten jetzt statt ihrer früheren Lanzen aus Bambusrohr und Buchschneffern gefertigt, nagelneue Remingtongewehre und Winchester Karabiner.

Inzwischen erhielt man die Nachricht, daß das englische Geld in Buenos Aires angekommen und demnächst nach Paraguay gelangen würde. Jetzt war der Augenblick da, um zu handeln. Man trug sich eine zeitlang mit dem Gedanken, den Dampfer mit dem Gelde anzufassen und ihn in Beschlag zu nehmen; aber man ließ ihn bald fallen, da man dabei Verwicklung mit fremden Mächten zu fürchten hatte. Doch fiel man, um die schweren Kanonen, die auf den grundlosen paraguayischen Wegen, auf denen man eine Menge von Sämpfen und Blüssen zu passieren hat, leichter an Ort und Stelle zu bringen, auf einen nicht unpraktischen Plan.

An dem Tage, an dem das Geld in Buenos Aires auf einem kleinen Dampfer nach Paraguay hinaufgeschickt wurde, setzte sich die rothe Keiterei von dem Lager an der Grenze in Bewegung, um in beschleunigtem Marsche gegen Asuncion vorzugehen. Die übrige Mannschaft blieb vor der Hand mit ihren Kanonen zurück wo sie war, und ließ den Dampfer mit dem Gelde ungehindert passieren, ohne sich überhaupt bemerklich zu machen. Das Geld kam zur großen Freude der Regierung auch heil und unverfehrt in Asuncion an. In der darauffolgenden Nacht passirte aber auch der gewöhnliche Paketdampfer von Buenos Aires her die paraguayische Grenzstadt Humaitá, auf seiner Reise nach Asuncion begriffen. Er hatte eine sehr große Anzahl von Vorderdeck-Passagieren an Bord, die in Buenos Aires aufgestiegen waren, barsüßige Gauchos, nur mit Hose und Hemd bekleidet, wie sie eben in jenen Gegenden hin und her zu reisen pflegen. Waffen trug keiner bei sich, außer dem allgewöhnlichen langen Messer, das hinten am Gürtel in einer Lederscheide steck. Sie hielten sich lachend auf dem Deck auf bis spät in die Nacht hinein und ohne daran zu denken, sich schlafen zu legen, spielten Karten, sangen zur Gitarre und ärgerten damit den italienischen Kapitän, der in seiner auf dem Deck angebrachten Kabine lag, daß er verdrießlich vor sich her schimpfte und eben aufstiegen wollte, um die Leute zur Ruhe zu weisen. Da sprang er auf einmal mit einem kräftigen Fische mit beiden Beinen zugleich aus dem Bette heraus:

„Was erschreckt Ihr Euch, Banditen,“ schrie er zwei hincintretende Personen an, „wißt Ihr nicht, daß Ihr hier in keiner Kneipe seid.“

Die beiden Personen, die, ohne angeklopft zu haben, hineingekommen waren, thaten über diesen Empfang nicht

sehr aufgebracht und einer von ihnen, unser Bekannter Nicanor Godoy, trat kaltblütig auf den zeternden Kapitän zu und sagte in aller Ruhe:

„Ereifern Sie sich nicht, Herr Kapitän; wir wollen Ihnen nichts zu Leide thun, wir sind hier nur hereingekommen, um an Sie eine Frage zu richten.“

„Der Teufel soll Euch holen, verfluchte Kerle; scheert Euch zum Henker. Kommen zur Nacht, um Fragen zu stellen.“

„Ja,“ sagte Nicanor, wir wollen wissen, ob wir kurz vor Pilar sind.“

„Gewiß sind wir das, und nun scheert Euch davon. . . stupide Bande. . . was man hier alles erlebt.“

„Besten Dank, Herr Kapitän, und nun hätten wir noch einen Wunsch, nämlich den, daß Sie sofort mit Ihrem Dampfer halten.“

„Ihr seid wohl verrückt.“

„Durchaus nicht. . . im Gegentheil, ich bin zur Zeit sehr vernünftig, Kapitän; und Sie thäten gescheit, ein wenig anständiger zu sein; denn Sie und Ihr Schiff sind von diesem Augenblick an meine Gefangenen.“

„Corpo di Cristo!“ schrie mit überschneppender Stimme der Italiener.

„Hallos Jüngens. . .“ und er wollte in einem Satz zur Kabine hinauf, in bloßen Hemde, wie er war. Die beiden fielen ihm aber in die Arme und hielten ihn zurück.

„Kalttes Blut, Kapitän. . .“ Ihnen und Ihrer Ladung soll nichts geschehen. . . Sie sollen nur die Güte haben, hier an einem Ort, wo Schiffe sonst nicht anlaufen, zu halten und einige Freunde und einige Ladung anzunehmen, die Sie dann später, wo wir Ihnen sagen werden, wieder abgeben. . . Im übrigen haben Sie nicht im geringsten etwas zu fürchten. Es sei denn, daß Sie und Ihre Leute sich

Politische Uebersicht.

Berlin, 1. März.

Die heutige Reichstags-Sitzung brachte die große Schiffschlacht. Der interessanteste Zwischenfall ist das Mirbach'sche Agrarier-Pronunciamento (S. weiter unten). Den Junkern ist der Ramm arg geschwollen, daß sie so auftrumpfen — nach der Melodie des schönen Liedes mit dem Verslein:

„Und der König absolut
Wenn er unseren Willen thut.“
Freilich der Text ist etwas variiert und lautet jetzt:
„Die Regierung absolut
Wenn sie unseren Willen thut.“

Die bodenbeugtesten und „plöblichsten“ der Junker haben sich bei der namentlichen Abstimmung über die „vier Kreuzer“ der Abstimmung enthalten. „Kein Kanitz, keine Röhne“, denken sie, und warten auf die Kapitulation vor der dritten Lesung. Eine „Nede“ des Herrn Reichskanzlers, der sich in phantastischer Zukunft's-Wasserpolitik erging, fand in Richter einen nicht sehr freundlichen Beurtheiler. Derselbe ging mit den Kreuzerliebhabern scharf ins Gericht, während sein abgetrennter Zwillingenbruder Nikert durch eine enthuftastische Verhimmelung der Marinaberrlichkeit im allgemeinen und der Kreuzerberrlichkeit im besonderen mehr die Ver- als die Bewunderung des Hauses erregte.

Die namentliche Abstimmung ergab 145 gegen 77 Stimmen für die Bewilligung des „Erfah-Leipzig“.

Das Haus vertagte sich vor Beendigung des Marine-Etats. Morgen 1 Uhr nächste Sitzung: Schluß der zweiten Lesung des Marine-Etats, und Beginn der zweiten Beratung des Militär-Etats.

Kein Kanitz keine Röhne! Das war das Leitmotiv der kurzen, militärisch barocken Rede des Grafen Mirbach in der heutigen Reichstags-Sitzung. Das war die Sprache der Quihow's. Und fernermaßen wir wissen, daß die modernen Quihow's sehr weisliche Leute sind, denen es nicht einfällt, gegen die Regierung zu rebelliren, wenn sie nicht einen festen und sicheren Rückhalt haben, so erhebt aus der Sprache des Grafen Mirbach, daß unsere Junker einen festen und sicheren Rückhalt besitzen, oder wenigstens zu besitzen glauben. Es besteht also nach Ansicht der Junker ein Wille außerhalb der Regierung, der stark genug ist, den Willen der Regierung zu beugen oder zu brechen. Daß dieser Wille, auf den die modernen Quihow's ihren Trost gründen, nicht der Wille des Volkes ist, nicht eine von unten wirkende Kraft, — das bedarf keiner Auseinandersetzung. Die Anarchie, welche durch die Rede des Grafen Mirbach offenbart wird, herrscht „auf der Höhe“.

Vier Tugend sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter, das ist schon um ein Tugend mehr, als Fürst Bismarck unserer Partei zugestehen wollte. Wir sind auf dem besten Wege, das vierte Tugend voll zu bekommen. Gegenwärtig zählt die sozialdemokratische Fraktion, nachdem das Mandat des Genossen Meist, des Abgeordneten für Lennep-Wettmann, wegen behördlicher Fehler bei der Wahlausschreibung kassirt werden mußte, 45 Mitglieder. Die Wiederwahl Meist's dürfte als gesichert anzusehen sein. Ebenso dürfte bei dem Eifer unserer Genossen in 4., 5. und 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreise an die Eroberung des Kreises Dresden (Land) nicht zu zweifeln sein.

Aber auch der Sieg im Wahlkreise Schwelge-Schmalalben scheint uns in Aussicht zu stehen.

Nach den bisherigen Feststellungen erhielten: Duhn, (S. 03) 6871, Jzkrant (Antifemist) 8654, Dr. Peters (natl.) 3019 und Stengel (frei. Vp.) 3387 Stimmen. Aus zehn Orten der Kreise Schwelge und Wigenhausen steht das Ergebnis noch aus. Wahrscheinlich ist Stichwahl zwischen Duhn und Jzkrant erforderlich.

uns zur Wehr setzen sollten. Wir sind unserer fünfzig hier an Bord. . . Daß Sie außerdem bis dahin, wo wir aussteigen, keine Ladung mehr annehmen, ist selbstverständlich; denn wir haben nicht viel Zeit zu verlieren.“

Der Kapitän, der bei dieser Rede zu sich selbst gekommen war, begriff augenblicklich die ganze Lage und fügte sich auf der Stelle. Er sagte ruhig:

„Buono senore“, leidet sich, ohne weiteres Aufheben zu machen, an, ging mit den beiden zur Kabinenthür hinaus zum Lotjen, der vorne das Steuer regierte und sagte ihm einige Worte ins Ohr, worauf sich der verwundert umschau, und im nächsten Augenblick lag mitten in der dunkeln Nacht der Dampfer im Strom vor Anker. Eine Stunde darauf hatte man einige hundert bewaffnete Revolutionäre und sechs Kanonen an Bord, und der Dampfer setzte seinen Weg fort. Gegen Morgen wurde die Ladung bei Willela, der letzten Haltestation des Dampfers vor Asuncion wieder an Land geschafft, und der Kapitän verabschiedete sich von der Brücke aus.

„Sie mögen“, sagte Nicamor beim Weggehen, ruhig in Asuncion von uns erzählen. . . Wir danken Ihnen herzlich für die rasche Reise, die für uns zu Lande wohl etwas unbequem und beschwerlich gewesen wäre. Was wir bedauern ist das einzige, daß wir Ihnen nicht sofort baar bezahlen können. . . Sie müssen eben warten bis die rothe Partei aus Ruder gekommen ist. Wenn Sie aber wollen, werden wir Ihnen eine Quittung über den Transport hienlassen, damit Sie feinerzeit einen Beleg haben. . .“

„Das wäre mir in der That angenehm, mein Herr“, entgegnete höflich der Kapitän, „man weiß ja nie, wie und wann man in Paraguay seine Rechnungen einzuziehen kann. . . Wieviel Passagiere waren es doch. . . ich glaube 325 und die Bagage. . . Ist es Ihnen recht, wenn wir es für zwölf Tonneladen rechnen. . . Das dürfte beiden Theilen passen. . . Adieu, mein Herr, und gute Verrichtung. . .“

Kunst und Wissenschaft.

Vom großen Barnay bringt das hiesige „Fremdenblatt“ folgende Neuigkeit:

„Ein Generaldirektor des Königl. Schauspielhauses! Ludwig Barnay, der direktion's- und spielmächtige Mann, wird demnächst sein Otium cum dignitate mit der bloßen dignitas vertauschen. Eine Stellung, wie sie Laube früher in Wien und jetzt Postart in München einnimmt, soll für ihn freier werden. Es geschieht dies auf speziellem Wunsch unseres Kaisers, bei dem Barnay in dieser Angelegenheit schon mehrere Audienzen gehabt hat und eine baldige Erledigung der Angelegenheit dringend wünscht.“

Was nicht alles aus einem großen Schauspieler und kleinen Edemokraten werden kann!

Unser Vortprung im Kreise ist so groß, die bürgerlichen Parteien dort so uneinig, daß bei Fortsetzung der rühmlichen Anstrengungen unserer Genossen uns der Sieg leicht zufallen kann.

Da die Genossen Stadhagen und Schippel Ende dieses Monats auf einige Zeit Pflöhensee verlassen werden, so dürfte unsere Fraktion gegen das Tabaksteuer- und „Umsturzgesetz“ 48 Stimmen abgeben können. —

Eine Neuwahl im 1. weimarschen Reichstagswahlkreise Weimar-Appolda hat ebenfalls stattgefunden, nachdem gestern, den 28. Februar, der bisherige Abg. Kalmring gestorben ist. — Bei der letzten, im Jahre 1893 stattgefundenen Wahl stand die Sozialdemokratie (Gen. A. Wandert) mit dem Bauernbund (Kalmring) in Stichwahl, — also die Aussichten sind gut, frisch auf zum Kampf!

In der Hauptwahl erhielt Genosse Wandert 6081, Kalmring 6396, der Nationalliberale 3280, der Freisinnige 4901 und der Antifemist 473 Stimmen.

Die Reichstags-Erfahwahl im Passauer Wahlkreise. Als Kandidat des bayerischen Bauernbundes für die in Passau bevorstehende Erfahwahl zum Reichstags ist das Mitglied des schwäbischen Landrathes Krammer in Lindau angetreten worden. Die früher erwähnte Kandidatur des Freiherrn v. Thüngen scheint an dem Umstande gescheitert zu sein, daß dieser Protektant ist. Das Centrum kandidirt wieder seinen Pächler und unsere Parteigenossen den Redakteur der „Münchener Post“, Genossen G. D. Schmid. —

Im Abgeordnetenhaus wurde heute noch etwas weiter über Mädchen-schulen geredet. Es ist dabei wieder über einige verbotene Ansichten zu berichten. Der Nationalliberale v. Eyner meinte, wenn man den Mädchen solche Bildung zuführte, daß sie an den großen Lebensaufgaben der Menschheit mitwirken könnten, dann würde man ein großes weibliches Proletariat bekommen. Der Konervative Jerner fand, daß bei zu großer Bildung der Frauen das Gemüthsleben des Volkes verloren gehe. Der Centrumsmann Giereman machte die geistreiche Bemerkung, je mehr man den Mädchen lehre, je dümmere würden sie zc. zc. Einige andere Positionen des Etats gingen ohne besondere Debatten vorüber, so das Kapitel Kunst und Wissenschaft, weil der einzige, der etwas davon versteht, Herr v. Kölller, nicht anwesend war. Nächste Sitzung Sonnabend. —

Der Brausewetter-Prozess vor dem Reichsgericht. Der berühmte Prozess wegen Beleidigung des Chefs und der Beamten des Berliner Polizei-Präsidiums, im Volksmunde „Gummischlauch-Prozess“, auch „Brausewetter-Prozess“ genannt, ist nun entschieden. Das Reichsgericht hat die von sämtlichen Beurtheilten eingelegte Revision verworfen. Die verurtheilten Mediatoren Jachau (vom „Sozialdemokrat“), Kessler (vom „Volksblatt“), Peil, Wisberger, Grüttesien, Harnisch und Schütte müssen also die Strafen, die ihnen Herr Brausewetter zuzudiktiren die Freundlichkeit hatte, absetzen resp. bezahlen. Die Revision unseres Mediatours Robert Schmidt ist, da Schmidt Abgeordneter, bekanntlich ausgelegt bis nach Schluß der Session. Wie man sich erinnert, hatte der vor einigen Tagen verstorbene Reichsgerichtsrath Bähr seinerzeit eine herbe Kritik der Brausewetter'schen Prozessführung veröffentlicht; aber das Reichsgericht, dem dieser Jurist lange Jahre angehörte, hat sich nicht bewegen gefunden, die Vorgänge im „Brausewetter-Prozess“ als Missionsgrund gelten zu lassen. Man sieht, wie verschieden selbst von den einflussreichsten Juristen über denselben Rechtsfall geurtheilt wird, und es ist oft von großer Bedeutung für den Angeklagten, ob er vor diesen oder vor jenen Richter kommt. Im einen Fall wird er freigesprochen, im andern verurtheilt: in beiden Fällen aber hat er sein „objektives Recht“ empfangen. —

Ein Bischof über das Umsturzgesetz. Der Bischof von Mainz, Dr. Hassner, schreibt in seinem Postenbrief über die Umsturzvorlage: „Trotz der aufs höchste gespannten äußeren Wachtenstellung stehen die Regierungen unüberwindlichen inneren Schwierigkeiten gegenüber. Die Versuche, die Staatsordnung durch Strafverschärfungen zu schützen, dienen nur dazu, die Unbehaglichkeit aufzudecken, welche in allen Kreisen der Bevölkerung herrscht.“ —

Der Preis für das Centrum. In parlamentarischen Kreisen wird nach dem „Berliner Tageblatt“ angenommen, daß der Bundesrath die Entscheidung über die Aufhebung des Jesuitengesetzes von 1874 diesmal durchaus nicht auf die lange Bank schieben werde. Vielmehr wird als wahrscheinlich angesehen, daß der betreffende Reichstags-Beschluß bereits im Monat März auf die Tagesordnung einer Sitzung des Bundesraths gelangen soll. Wie die Entscheidung dort getroffen wird, steht dahin. Jedenfalls begegnet man in sehr ernst zu nehmenden Kreisen der Anschauung, daß das reichsgesetzliche Niederlassungsverbot gegen den Jesuitenorden demnächst außer Kraft treten werde. —

Arbeitslosigkeit und Tabaksteuergesetz. Anlässlich der in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ erwähnten Arbeiterentlassungen aus den militärischen Fabriken in Spandau und Siegburg im Rheinlande macht heute das Berliner Centrumorgan, die „Germania“, einige sehr treffende Bemerkungen. Sie schreibt:

„Traurig, sehr traurig bleibt es, wenn in staatlichen Betriebswerkstätten, die doch Musteranstalten sein sollen, wegen Herabsetzung des Betriebes Arbeiter-Entlassungen stattfinden und wenn die Privatbetriebe nun aufgefordert werden müssen, die aus Spandau und Siegburg entlassenen Arbeitslosen aufzunehmen. Als wenn nicht gegenwärtig überall, wie auch das Anerbieten des Herrn Krupp beweist, Arbeitslosigkeit herrscht, und damit Noth und Elend, welche leider gar zu viele Arbeiter in die Arme der Sozialdemokratie treiben! Und da soll noch die Tabak-Fabriksteuer-Vorlage, welche — in einer Zeit allgemeiner Arbeitslosigkeit selbst in staatlichen Betrieben — dazu noch tausende von Zigarrenarbeitern, von kleinen ansässigen Arbeitern, die nicht von heute auf morgen in eine andere Gegend verziehen können, brotlos macht, auf Annahme im Reichstags rechnen können! Eine hartnäckige Finanzpolitik mag über das kommende Elend hinwegsehen, eine warmherzige Sozialpolitik kann das nicht!“

Wenn nur die Centrumsfraction ebenso entrüstet über das Tabaksteuer-Gesetz ist — und bleibt, wie das Centrumblatt. —

Die internationale Münzkonferenz soll Mitte März zusammentreten. —

„Der Antrag Kanitz, welcher dem Bauern die Früchte von dessen Arbeit erst wieder sichert, setzt einen selbst arbeitenden Landwirthstand von der Art des deutschen

vorans. Er wird eine weitergehende Auftheilung der großen, in Abwesenheit der Herren bewirthschafteten Güterkomplexe höchstwahrscheinlich nach sich ziehen müssen, da der Staat im großen und ganzen viel eher das Recht auf Bebauung des heurischen Bodens und Erzeugung der notwendigen Nahrungsmittel durch harte Arbeit (durch Erstattung mindestens der Produktionskosten), als das Recht auf eine arbeitslose Rente gewähren kann. So wird der Antrag Kanitz auch nach dieser Richtung hin segensreich wirken und uns der Erfüllung der berechtigten Forderungen der Zeit näher führen.“ Wer schreibt das, daß die Großgrundbesitzer eigentlich kein Recht auf die Vortheile des Antrags Kanitz haben, weil er ihnen gegenüber die Sicherung einer „arbeitslosen Rente“ bedeuten würde, da die „großen Güterkomplexe“ ja meist in Abwesenheit der Herren bewirthschaftet werden, während der Bauer dagegen durch „harte Arbeit“ den „heimischen Boden“ bebaut und die Nahrungsmittel erzeugt? Das schreibt die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe, und das Tagesorgan des Bundes der Landwirthe, die „Deutsche Tageszeitung“, druckt es ohne ein Wort der Entgegnung ab!

Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie! —

Zu Weimar'schen Landtage hat Genosse Wandert die Regierung auf Anlaß der fortwährenden Versammlungsverbote interpellirt. Den Text der Interpellation können wir des Stoffandranges wegen erst morgen mittheilen. —

Nachahmenswerth! Der Herr Landrath des Königsberger Landkreises hat in Nr. 33 des dortigen Kreisblattes vom 27. Februar cc. folgende Bekanntmachung erlassen:

Königsberg, den 26. Februar 1895.
Dem Bureaugehilfen Arthur Hoppe hieselbst ist die Redaktion des amtlichen Kreisblattes entzogen, weil derselbe, entgegen der hierüber erlassenen ausdrücklichen Anweisung, Anzeigen politischer Vereine in dem nicht-amtlichen Theile des Kreisblattes zum Abdruck zugelassen hat.

Armer Bureaugehilfe, der du deinen Redakteurposten, armes Kreisblatt, daß du deinen Bureaugehilfen verliert. Schade, daß diese Praxis nicht überall eingeführt, daß nicht allen Zeitungen die Aufnahme von Versammlungsanzeigen verboten werden kann. Wie gemüthlich würde es noch in der Welt aussehen, wenn dies möglich wäre! —

Bismarck-Deputationen für den 80. Geburtstag des Jubelgreises werden jetzt überall geplant. Auch die „Deutsche Studentenschaft“ veranstaltet eine Jubiläumsfahrt. Dazu wird jetzt bekannt, daß die Teilnehmer an dieser studentischen Jubiläumsfahrt „auf allerhöchsten Befehl“ von den Königl. Eisenbahndirektionen und preussischen Privatbahnenverwaltungen in der Zeit vom 31. März bis 3. April eine Fahrpreisermäßigung in der Weise erhalten, daß für die Reife vom Wohnorte nach Hamburg und zurück in der dritten Wagenklasse aller Jüge der Militär-Fahrpreis und bei höherer Klasse für Hin- und Rückfahrt der Preis der einfachen Fahrkarte erhoben wird. Das Reichs-Eisenbahnamt hat sich mit den beteiligten Bundesregierungen wegen entsprechender Ermäßigungen in Verbindung gesetzt — Hoffentlich zieht das. Sonst könnte ja event. auch noch bekannt gemacht werden, wieviel Tonnen Freibier in Friedrichshagen ausgeführt werden.

Volk und Regierung. Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Sehr interessante Vorgänge spielen sich seit etwa Jahresfrist in Stadt und Kanton Schaffhausen ab. In der Stadt Schaffhausen bewarb sich vor ungefähr einem Jahre der frühere Gerbermeister und nunmehrige Wein- und Lederhändler Siegrist v. Schelling, ein reicher Mann mit demokratischen und arbeiterfreundlichen Anschauungen, um die Konzession für eine Volkstüchle mit Anschlag von alkoholischen Getränken. Die Regierung erlaubte ihm die Volkstüchle, aber nicht den verlangten Anschlag. Alle weiteren Schritte, welche Siegrist v. Schelling in dieser Sache unternahm, blieben erfolglos. Nun leitete er eine lebhafteste Bewegung gegen die Regierung und das ganze herrschende System ein und suchte alle vorhandenen Schäden und Uebelstände aufzufinden und daran Kritik zu üben. Er begnügte sich aber nicht allein damit, sondern stellte ein ganzes Programm auf für eine Verfassungsrevision, für die er im Volke Unterschriften sammelte und bald beisammen hatte. In der Abstimmung sprach sich das Volk mit großer Mehrheit für die Verfassungsrevision und für die Wahl eines Verfassungsrathes aus, beauftragte damit also auch sein Mißtrauen gegen den Kantonsrath. Dem Volke ist Zeit gegeben worden, seine Wünsche und Forderungen an eine neue Verfassung zu Händen des Verfassungsrathes zu formuliren und wird dieser im März wieder zusammentreten. Die heftigen Kritiken, namentlich gegen die Regierung, zogen inzwischen dem Siegrist v. Schelling eine Verurtheilung wegen Beleidigung der letztern zu 600 frs. Geldstrafe zu. Am letzten Sonntag ist nun Siegrist v. Schelling selbst mit 9928 gegen 2069 Stimmen in die Regierung, d. h. als Minister gewählt worden, ebenso wurde das verlangte obligatorische Referendum mit 4453 Ja gegen 1527 Nein angenommen. Jetzt hat Siegrist v. Schelling von der Regierung auch die früher verlangte Konzession erhalten. Ob er sie als Minister auch ausüben wird, bleibt abzuwarten, sicher scheint dagegen, daß er nächstens unter dem Titel „Schaffhauser Volksblatt“ ein eigenes Blatt herausgeben wird.

Das Schaffhauser Volk hat sich als ein strenger Richter gegen seine Regierung und seine Landesväter gezeigt und der demokratische wie soziale Fortschritt wird daraus nicht unbedeutenden Gewinn ziehen.

Wollen Sie eine Anwendung auf Deutschland haben? Wäre der recht wunderbare Minister v. Kölller in Schaffhausen, so würde ihn das Volk sehr rasch und mit so viel Glanz aus der Regierung hinausbefördern, als es Siegrist v. Schelling hineinbefördert hat. Gegen Leute, wie Herr v. Kölller, ist die Demokratie das beste Heilmittel. —

Der neue Schienenweg nach Italien. Wie aus Mailand telegraphirt wird, hat dort die italienisch-schweizerische Kommission für die Verathung des Simplon-Durchstichs einen endgiltigen Beschluß gefaßt, die Delegirten haben über denselben ihre Meinung ausgetauscht und sich über die Bestimmungen betreffend Betrieb, Zoll und Tarife geeinigt.

Zum Vanaminoprozess. Nach einer Meldung der römischen Blätter erklärte Giolitti vor dem Untersuchungsrichter, er werde über sein Verhalten als Minister in der Angelegenheit der Schriftstücke der Banca Romana, deren Veröffentlichung die Deputirtenkammer beschlossen habe, nur vor dem Staatsgerichtshof Auf sagen machen. Der „Opinione“ zufolge hat der Untersuchungsrichter darauf die Prozessakten der Staatsanwaltschaft zugestellt, damit dieselbe zu der von Giolitti erhobenen Zuständigkeitsrede Stellung nehme. Alsdann werde der Kassationshof sich mit der Frage beschäftigen. —

Die russische Pressfreiheit. Aus Petersburg wird gemeldet:

Dem Blatte „Nobljubatel“ (Beobachter) wurde wegen wiederholter Veröffentlichung von Artikeln, welche offensbare Sympathie für den Sozialismus bekunden, auf Verfügun des Justizministers eine ernste Verwarnung ertheilt. —

Parlamentarisation und Neuwahlen in Griechenland. Der griechische Ministerrath beschloß, das Parlament am 4. März aufzulösen, die Neuwahlen am 28. April stattfinden zu lassen und die neue Kammer zum 27. Mai einzuberufen. —

Das Frauen-Wahlrecht hat diese Woche wieder auf der Tagesordnung einer gesetzgebenden Versammlung in Amerika gestanden. Die Legislatur der englischen Kolonie Neu-Bräun-schweig, Canada, hat am Dienstag einen Gesetzentwurf, der den Frauen von gewissem Vermögen oder Einkommen das parlamentarische Stimmrecht erteilen wollte, nur mit einer Majorität von vier Stimmen abgelehnt. Man sieht, daß die „Frauen-Stimmrecht“ zwar keineswegs ideal ist, daß aber immerhin die politischen Rechte der Frauen auch in den älteren anglo-amerikanischen Staaten an der Ostküste wenigstens der Verwirklichung näher rücken. —

Cuba. Aus Madrid wird telegraphiert: In der Kammer und im Senat wurden zahlreiche Erklärungen abgegeben, die Regierung zu unterstützen, den Frieden auf Cuba aufrecht zu erhalten. Die Regierung beschloß, falls es notwendig werden würde, 8000 Mann Verstärkung nach Cuba zu entsenden. —

Aus Amerika wird telegraphiert: New-York, 23. Februar. Ein Dampfer, welcher am 24. v. M. Havana verließ und heute hier eintraf, berichtet, daß in der Stadt große Erregung herrscht. Am 24. wurde die Rebellen-Flotte gebildet, und darauf wurden 30 Mitglieder der angesehensten Familien verhaftet. Wie verlautet, sind insgesamt 300 Personen festgenommen worden. Das Komplott war der Regierung durch einen der Rebellen verraten.

Key West (Florida). (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein spanisches Kanonenboot ist hier angekommen, vermutlich um den Aufbruch des Freiheitszuges nach Cuba zu verhindern. Hier ist die Nachricht eingegangen, daß die Aufständischen auf Cuba 2000 Mann spanische Truppen unter General Zambrano geschlagen haben. —

Die „Frankfurter Zeitung“ thut sehr empfindlich über einige gegen sie gerichtete scharfste Bemerkungen in unserem Leitartikel: „Ein heiteres Nachspiel zum letzten Parteitag“. Das ist ihre Sache. Wenn aber das Frankfurter Demokratienblatt schreibt:

„Der „Vorwärts“ hält offenbar die Veröffentlichung amtlicher Aktenstücke nur dann für erlaubt, wenn sie auf unehelichem Wege, oder auf dem Umwege über gewisse intime Toilettenräume, auf den Redaktionstisch fliegen“. Zu dieser Höhe der „Zielbewußtheit“ werden wir uns wohl niemals hinaufzuarbeiten vermögen.“ so ist dies die Sprache der „Nordd. Allg. Ztg.“ Wir wundern uns, das Blatt auf ein so tiefes Niveau herabsinken zu sehen. —

Ein Protest gegen die Tabaksteuer.

Zu einer imposanten Kundgebung gegen die geplante Tabaksteuer gestalteten sich die 8 Versammlungen, die am Donnerstag Abend von den Vertrauensleuten unserer Partei einberufen waren. Die tiefe Erbitterung, die in den Kreisen der Arbeiter über diese Steuer vorhanden ist, kam auch in lebhafter Weise in den Versammlungen zum Ausdruck. Die Absicht der Regierung, auf neue die unteren Volksklassen für Forderungen des Militarismus bluten zu lassen, wurde von den Rednern im Referat und in der Diskussion einer treffenden Kritik unterworfen.

Den Versammlungen lag folgende Resolution zur Beschlußfassung vor:

Die Versammlung spricht sich gegen eine weitere Besteuerung des Tabaks aus; und ist der Ueberzeugung, daß jede neue Steuer, auf den Tabak gelegt, die Tabakindustrie bis in den innersten Lebensnerv treffen und die Tabakarbeiter, welche schon ohnehin in äußerst gedrückter Lebenslage sich befinden, aufs ärgste schädigen muß. Nicht allein, daß durch die unvermeidliche starke Verminderung des Konsums die Löhne noch mehr gedrückt würden, wird die Zahl der Arbeitslosen unter den Tabakarbeitern auf viele Tausende anwachsen und bei Einführung der Fabriksteuer bis auf 40 000 steigen. Letztere Steuer ist um so verwerflicher, weil sie durch Wüßteuerung des Lohnes zur Lohnrückbildung anspornt.

Die Besteuerung des Tabaks ist aber nicht nur von verderblicher Wirkung für die Tabakarbeiter und für die gesamte Tabakindustrie, sondern sie schädigt auch das ganze Volk, indem sie einen von der breiten Masse des Volkes konsumierten Artikel mit schwerer Steuer belegt, und indem sie die durch die Steuer aus ihrem Erwerb gedrängten Tabakarbeiter zwingt, als Mitbewerber auf anderen schon ohnehin überfüllten Erwerbsgebieten aufzutreten und dadurch im allgemeinen die Löhne zu drücken.

Bei dem unter den Tabakarbeitern schon jetzt herrschenden Elend, welches zum großen Teil eine Folge der fortwährenden Beunruhigung der Industrie durch die Steuerpläne der Regierung ist, hält es die Versammlung für verwerflich, durch erneute Steuern die Tabakindustrie schwerer, als dies ohnehin schon ist, zu belasten, und dadurch das Elend unter den Tabakarbeitern ins Maßlose zu steigern.

In Erwägung aller dieser Gründe erwartet die Versammlung von den Vertretern des Volkes im Reichstage die entschiedene Zurückweisung dieser Vorlage; sie erklärt sich ferner für Aufhebung aller indirekten Steuern, die mit unträglicher Härte auf der ärmeren Bevölkerung lasten, und verlangt von den Reichstagsmitgliedern, in diesem Sinne thätig zu sein.

Bei 11 Ullig, Neue Friedrichstraße, referierte Tabakarbeiter Dehand. An der Hand eines reichen Zahlenmaterials und aus eigener praktischer Erfahrung war Redner im stunde, darzutun, wie außerordentlich schädigend die 1867 begonnene und seit 1878 ununterbrochen fortgesetzte Beunruhigung der Tabakindustrie auf dieselbe gewirkt hat. Arbeiter Pohlig hob die ungerechte Einteilung der Wahlkreise hervor, die nicht zum kleinsten Teil Schuld daran sei, daß die Militärvorlage durchgedrückt werden konnte. Timm, Schneider, nimmt Bezug auf die Behauptung Caprivis, daß durch die Tabaksteuer 1/4 der Tabakarbeiter brotlos würden. Redner erklärt, daß man gerechterweise diejenigen Leute, die für die Militärvorlage gestimmt, nun auch zur Deckung der Kosten heranziehen muß, und behauptet, daß Experimente, wie sie heute in der Politik gemacht werden, viel mehr Unglück mit sich bringen, wie der blutige Krieg. Es ist vor allen Dingen notwendig, daß auf dem Wege der Sozialreform fortgeschritten wird. Unsere Parole ist: Ablehnung aller indirekten Steuern. Tabakarbeiter Verholz erklärt, daß mit derartigen Volksbedrückungen mit Gewalt Sozialdemokraten geschaffen werden, wie es jetzt in dem schwarzen Westfalen geschieht, dem Lande, wo die Tabakindustrie sehr stark vertreten ist, bisher aber noch wenig Sozialdemokraten vorhanden waren. Die Löhne, die angesichts der hohen Lebensmittelpreise hier in Berlin 12 bis 15 M. für männliche Arbeiter erreichen, können nicht noch mehr heruntergedrückt werden. Er stimmt mit allen Rednern darin überein, nieder mit der Steuervorlage.

Einstimmig machte die Versammlung obige Resolution zu der ihrigen.

Die Volksversammlung für den 3. Wahlkreis, welche in den Arminialhallen tagte, war von etwa 500 Personen besucht. Hier referierte der Reichstags-Abgeordnete Bod. In einer vernichtenden Kritik wendet Redner sich gegen die Reichsteuer-Politik im allgemeinen, welche entgegen gegebenen Versprechungen den wirtschaftlich Schwachen belastet und den Besitz möglichst schon, worauf er sich besonders dem Plane der Regierung zuwandte, den Tabak wieder recht kräftig bluten zu lassen. Er zeigte treffend, daß auch bei Annahme dieser Regierungsvorlage wieder die schwachen Schultern die Lasten zu

tragen bekommen, und daß vor allem die Tabakarbeiter schwer darunter zu leiden haben. Redner schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung an die Versammelten, zu ihrem Teil beizutragen an dem energischen Protest der gesamten Arbeiterschaft gegen eine Gesetzesvorlage, deren Realisierung mindestens 40 000 Arbeitern der Tabakindustrie und verwandter Berufe das Brot kosten würde. Dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Debatte, an der sich zwei Interessenten der Tabakindustrie, die Genossen Hörner und Hünge beteiligten. Hauptsächlich der erstere brachte eine Fülle zahlenmäßiger Materials gegen die besprochene Vorlage zur Ausführung. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In einer gut besuchten Versammlung bei Schlegelsberg, Hafenhaide, referierte Reichstags-Abgeordneter Hofmann. Man möge sich, so führte der Redner aus, nicht der Hoffnung hingeben, daß die Tabak-Fabriksteuer, mit der die Regierung das deutsche Volk belasten wolle, vom Reichstage abgelehnt würde, weil in der Kommission 15 Gegner und nur 13 Anhänger dieser Vorlage seien. Bei der gegenwärtigen Zerfahrenheit der politischen Parteien ist noch gar nicht abzusehen, wie schließlich das Plenum des Reichstages diesen Gesetzentwurf aufnehmen werde.

Redner geht nun auf die Vorlage näher ein und hebt hervor, daß gerade die Tabakkonsumenten der ärmeren Klassen durch die geplante Steuer am meisten belastet werden, da diese bei den billigen Zigarren einen weit größeren Prozentsatz vom Preise des Fabrikats betrage, als bei den theueren Sorten. Die Folge davon sei ein Konsumrückgang der minderwertigen Zigarren, ferner eine Einschränkung der Produktion, wodurch tausende von Tabakarbeitern brotlos würden. An der Hand einzelner Paragraphen der Vorlage weist der Referent nach, daß es den kleinen Zigarrenfabrikanten unmöglich ist, alle die Kontrollvorschriften durchzuführen, welche die Behörde zwecks Vermeidung der Steuer und Vermeidung von Defraudationen von ihnen verlangt. Nicht einer von den mehr als 5000 Kleinproduzenten der Tabakbranche ist im stunde, die Summen zur Sicherstellung der Steuer bei der Behörde zu hinterlegen, und daher ist es sicher, daß, wenn diese Vorlage Gesetz wird, die Kleinfabrikanten gezwungen sind, ihre Betriebe einzustellen und den großen Fabrikanten das Feld zu räumen, welche durch weiteres Herabdrücken der schon so niedrigen Löhne und mögliche Ausnutzung der billigen weiblichen Arbeitskräfte dennoch an ihrem Profit nichts einbüßen werden.

Später wird es der Regierung ein leichtes sein, die wenigen Großbetriebe abzulösen und das Tabakmonopol einzuführen, wozu die gegenwärtige Vorlage zweifellos der erste Schritt ist. Da von der Mehrheit des Reichstages eine Annahme dieses Gesetzentwurfes wohl zu erwarten ist, so muß das Volk energisch gegen die geplante Belastung gerade seiner unbedeutendsten Schichten protestieren, und dadurch seine Vertreter zwingen, sowohl gegen diese, wie gegen jede sonstige indirekte Steuer zu stimmen.

In der Diskussion schildert Genosse Jsaak die traurige Lage der Tabakarbeiter, denen es, wenn sie in ihrem Gewerbe brotlos werden, nicht möglich ist, wegen ihrer durch die niedrigen Löhne bedingten Körperchwäche und Kränklichkeit, in einem anderen Beruf Arbeit zu finden, am wenigsten in der Landwirtschaft, wie es ihnen wohlmeinende Freunde der Tabakindustrie gerathen haben. Genosse Jubeil führt in längerer Rede aus, daß der Ertrag der geplanten Tabaksteuer zur Deckung der Militäraufwendungen dienen solle, daß es aber ein schreiendes Unrecht sei, im Wege der indirekten Besteuerung die Kosten für die Arme der unteren Volksklassen aufzubürden. Bei der Verhandlung der Handelsverträge mit Rußland, Serbien, Rumänien wurde von den Bundesraths-Mitgliedern darauf hingewiesen, daß bei Ablehnung dieser Verträge 15—20 000 deutsche Arbeiter brotlos würden, dagegen hat sich die Regierung von der Einbringung der Tabaksteuer-Vorlage nicht zurückschrecken lassen durch den Umstand, daß durch deren Annahme etwa 40 000 Tabakarbeiter brotlos werden. Redner führt weiter aus, daß durch die Steuerbelastung sowohl als auch durch den politischen Druck, wie er namentlich durch das Umsturzgesetz auf das Volk ausgeübt werde, die Anhänger der Sozialdemokratie sich mehren und die Macht der Partei mehr und mehr wachsen werde.

Nach einem Schlußwort des Referenten wurde die Resolution einstimmig angenommen und vom Vorsitzenden um 11 1/2 Uhr die Versammlung geschlossen.

Die Versammlung in Senke's Festsaal, Raunynstraße 27, war stark besucht, der 600 Personen fassende Raum vollständig gefüllt. Reichstags-Abgeordneter Klees-Magdeburg zeigte eingangs seines Vortrages, daß die Ursache aller Steuerforderungen seit Anfang der Vera Thierard der Militarismus ist. Mit dem Jahre 1861, der Thronbesteigung Wilhelm I., begann die Heeresvermehrung infolge des Streites zwischen Preußen und Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland und seit 1867 ist alsdann eine Vermehrung des Militärs der anderen gefolgt. Die Opfer haben in erster Linie die arbeitenden Klassen zu tragen; nicht nur stellen sie die große Mehrzahl der Soldaten, sondern durch die Zölle und indirekten Steuern auf fast alle Lebensbedürfnisse ladet man ihnen auch hauptsächlich die materiellen Lasten auf. Zu den „Luxus-artikeln der großen Masse“, welche besonders zur Besteuerung herangezogen werden, gehören außer Bier, Petroleum u. a. auch der Tabak. Trotz der Ablehnung in der vorigen Session halte die Reichsregierung an der erhöhten Tabaksteuer fest, und hat sie die Vorlage in wenig veränderter Form wieder im Reichstage eingebracht. Redner bedauert, daß die Tabakarbeiter bisher nur Versammlungen der Tabakinteressenten und nicht öffentliche Volksversammlungen einberufen haben, um gegen die beabsichtigte Tabaksteuer-Erhöhung Protest einzulegen, da bei ihrer Annahme die Konsumenten, und nicht zum kleinsten Teil, den Schaden zu tragen hätten. Der Vortragende ging dann des näheren auf die durch Einbringung der Vorlage bereits hervorgerufene Verschiebung in den Produktionsverhältnissen ein. Leider lasse die Organisation der Tabakarbeiter wie die der Arbeiter aller Branchen noch vieles zu wünschen übrig und seien sie daher vorläufig gegen die Unternehmervillkür machtlos. Die Arbeiter würden nur durch Organisation zur Macht und dann auch erst zu ihrem Recht gelangen; deshalb habe jeder Genosse die Pflicht, sich zu organisieren. Indifferenten aufzuklären und ihnen zu beweisen, daß sie die Aenderung ihres elenden Looses in der eigenen Hand haben. Im Schluß seines mit lebhaftem Beifall begleiteten Referats empfahl Genosse Klees die Annahme der von ihm verlesenen Resolution. Da Gegner sich nicht zum Wort meldeten, wurde von einer Diskussion des Vortrages Abstand genommen und nach Abstimmung und einstimmiger Annahme der Resolution die Versammlung geschlossen.

Dasselbe Bild wie bei allen proletarischen Manifestationen bot auch diesmal der große Saal im Keller'schen Etablissement: ein den Raum bis in den letzten Winkel füllendes Auditorium, was mit Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten folgt. Abg. Paul Singer begann mit der Bekanntgabe der wesentlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfes, der berechnet ist, 32 Millionen dem Militarismus, dem großen Nimmersatt, in den Taschen zu praktizieren. Die Sozialdemokraten haben die Caprivis'sche Versicherung von den leistungsfähigen Schultern, die künftig mit Steuern befristet werden sollten, mit Achselzucken aufgenommen; wie recht sie hatten, beweist die gegenwärtige Vorlage, von der man leider nicht, wie bei der vorjährigen, mit Sicherheit sagen kann, daß sie pure Ablehnung erfährt. Das Zentrum kämpft mit den Nationalliberalen um die Palme in der Wandelbarkeit der Gesinnung; es ist eine Preisfrage, wer von beiden größeren Anspruch auf das Prädikat „Fraktion Drehscheibe“ hat. (Sehr richtig.) Sicher ist die Ablehnung nur, wenn die Interessenten es ver-

stehen, ihren Einfluß in wirksamer Weise geltend zu machen. Daß es grundsätzlich und in schärfster Weise genehmigt werden muß, wenn Steuern für die Bedürfnisse eines Bruchtheils der Nation von der Volksmasse getragen werden sollen, beharrt vor den denkenden Arbeitern keiner langen Beweisführung. (Beifall.) Genug, daß die Arbeiterklasse ihr Blut eventuell zum höheren Ruhme des Militarismus vergießen muß, mit Steuern für solche Zwecke möchte man ausstandshalber schon ihr vom Leibe bleiben. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Gesellschaft vermeint, ohne den heutigen Militarismus nicht auskommen zu können, erwarten wir, daß sie durch rationellere Mittel, Einkommensteuer z. B., Deckung für diese Bedürfnisse sucht.

In welchem schneidenden Gegensatz zu der durch Thron- und sonstige Reden verkündeten sozialen Reform steht diese Vorlage! Eine Sozialreform, flankirt von der Tabaksteuer und von der Umsturzvorlage, das ist ein Bild, wie man noch keines sah! (Beifall.) Nun gebraucht man die lahme Ausrede: ja, der Tabak ist „entbehrlich“. Das ist zunächst nicht stichhaltig, da die Regierung ihre 32 Millionen nur erhält, wenn weiter konsumirt wird. Ein Streik der Raucher machte die schönsten Regierungspläne zu Wasser (Sehr gut! Heiterkeit.); übrigens kann von ernsthaften Leuten nicht bestritten werden, daß der Tabak ein Genussmittel ist, auf das der einzelne wohl, die Masse aber nicht verzichten kann. Wie wirkt die geplante Steuer nun im speziellen?

Es stellt sich bei näherem Zusehen heraus, daß nur ca. 10 pCt. des Ertrages durch die feineren, theueren Zigarrensorten aufgebracht werden soll, während 90 pCt. von der breiten Masse, welche minderwertige Waare konsumirt, getragen werden müssen. Man besteuert die gewöhnliche 5 Pf.-Zigarre mit 40 pCt vom Werth, wohingegen der Prozentsatz bei einer 200 M.-Zigarre nur 27 pCt., und bei einer, die pro Mille 500 M. kostet, nur 11 pCt. beträgt. (Hört, hört!) Natürlich heißt es wieder, wie zu Bismard'scher Zeit: „Die Masse muß es bringen.“

Nach allen Berichten ist die Lage der Arbeiter in der Tabakindustrie eine sehr gedrückte; wie wird das noch kommen, wenn im Gefolge der Steuer ein erheblicher Konsumrückgang eintritt. Antliche Jiffen lassen das Elend in Baden z. B. in greulichem Lichte erscheinen. Von 30 000 in der Tabakbranche Beschäftigten, darunter 28 000 Frauen haben 9 1/2 pCt. einen Lohnsatz unter 12 M. pro Woche. Die schlechte Ernährung bedingt häufiges Kranken- und großer Kindersterblichkeit; ein Lebensalter über 40 Jahre ist fast eine Seltenheit. In dem Bericht des Reichsversicherungsamtes, der vor kurzem zur Ausgabe gelangt ist, wird das Durchschnittseinkommen der Arbeiter auf 651 M. pro Jahr angegeben. Die Tabakarbeiter hingegen haben nur ein durchschnittliches Einkommen von 508 M., das letztere bleibt somit um 22 pCt. hinter dem allgemeinen Durchschnitt zurück. (Bewegung.) — Die Last der neuen Steuer auf die Arbeiter wiederum abzuwälzen, wie das früher geschehen ist, wird diesmal unmöglich sein; (Sehr richtig.) Diese läglichen Löhne können keine weitere Verminderung erfahren. Weil die Fabrikanten überzeugt sind, daß die Steuer nur möglich wird durch Preis-aufschlag des Produkts, oder durch Einbuße ihrer Gewinnfontos, deshalb sind sie einmüthig in dem Widerstande gegen das Produkt preussischer Steuerkunst.

Der mit Sicherheit zu erwartende Konsumrückgang bedingt im weiteren die Ausschließung von vielleicht 40 000 Menschen aus der Produktion. Ein großer Theil der durch die sozialreformatorische Fürsorge der Regierung ausgesparten drückt dann die Löhne der anderen Arbeiter herab, wenn er arbeitssuchend vor den Thoren der Fabriken steht. Die Alten, Schwachen und Krüppel aber bleiben auf der Strecke; sie werden dafür sorgen, daß das Armenbudget der Gemeinden in bedeutendem Maße in die Höhe geht. Den heißhungrigen Fiskus kümmert deren Schicksal nicht; hat doch die Regierung erst vor ganz kurzer Zeit im Reichstage das „Haltsignal“ für alle Sozialreform austrampeln lassen. Man weiß, was das zu bedeuten hat. (Beifall.) Ebenso wie alle Hüttenindustrien der Tabakbranche in hohem Maße in Mitleidenschaft gezogen werden, wird auch der große Kreis der Händler und Kleinfabrikanten aufs ärgste bedroht. Außer der Einbuße am Verdienst machen die vielfachen Schikanen, die ein solches Monstrum von Steuer-gesetz, das nicht weniger als 22 Strafpargraphen (!) aufzählt, mit sich bringt, dem kleinen Fabrikanten z. B. eine Weiterexistenz fast zur Unmöglichkeit. Die Produktion steht dann einfach unter Polizeiaufsicht. (Sehr wahr.) Die steuerfrohen, für Sitte und Ordnung mit einer wahren Verfeinerung kämpfenden staatsbehaltenden Kreise bedenken gar nicht, wie sehr das neue Gesetz geradezu zum Betrug herausfordert. (Zustimmung.) Manche Fabrikanten wollen lieber gleich das Monopol, damit einmal Ruhe wird; sie werden dann wenigstens entschädigt. Wie sich die sozialdemokratische Partei zum Monopol stellt, ist allbekannt; für ein Monopol gegen das Volksinteresse, zu gunsten der herrschenden Klassen ist sie nie zu haben. (Lebhafte Beifall.)

Soll das Monopol abgemindert werden, und soll die Fabriksteuer in den Ocken versinken, so muß die ganze Kraft eingesetzt werden, welche der Redner seine Ausführungen. In einer Zeit, wo Ungeheuerlichkeiten, wie der Antrag Kanitz beispielsweise, ernsthaft diskutiert werden können, da ist bald alles möglich. Die Stellung der Regierung ist höchst unklar; wie ein Rohr im Winde schwankt sie vor dem agrarischen Sturm hin und her, zeigen die Arbeiter ihr wenigstens, daß sie in ihrem Widerstande gegen ein so eminent schädliches Gesetz wie das vorliegende fest bleiben. Sollte der Entwurf trotzdem angenommen werden, dann mag die Verantwortung für die Folgen tragen wer dazu die Hand geboten hat, und wenn Neuwahlen kommen, was ebenfalls nicht ausgeschlossen ist, dann mag das deutsche Volk seiner schwankenden Regierung recht deutlich zu verstehen geben, wie und wo man Steuern nehmen soll!

Die Rede wurde durch lange und lebhafteste Beifalls-kundgebungen ausgezeichnet. Ein Rüstfabrikant befristete in der Diskussion, daß das geplante Gesetz schon jetzt auf das Gewerbe höchst beunruhigend einwirkt; viele kleine Fabrikanten schränken ihre Produktion ein. Auf den durch den Genossen Holz eingebrachten Antrag: Durch eine Massenpetition den Reichstagspräsidenten und Verbot der Akkordarbeit zu fordern, erwiderte der Genosse Singer, indem er die Zwecklosigkeit einer solchen Maßregel kurz darlegte. Im sozialdemokratischen Programm sei was verlangt wurde enthalten. Wer für diese Forderungen recht wirksam eintreten wolle, müsse verhindern, daß andere als sozialdemokratische Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften gewählt werden. (Beifall.) Einstimmig wurde die Resolution angenommen.

In der Versammlung im „Schützenhause“, Rinkenstraße, die etwa von 500 Personen besucht war, referiert Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt über das zur Verhandlung stehende Thema. In seinen eingehenden Darlegungen zeigt Redner die schwere Belastung der ärmeren Bevölkerung durch die indirekten Steuern. Besonders führt er den Anwesenden vor Augen, wie durch die Tabaksteuer die gesamte Industrie leidet, vor allem aber die Arbeiter schwer geschädigt werden. Durch lebhafteste Zustimmung befanden die Anwesenden ihr Einverständnis mit dem Referat. In der Diskussion nahm der Genosse Drescher Gelegenheit, den Anwesenden die überaus traurige Lage der Tabakarbeiter zu schildern. Redner fordert besonders die Angehörigen dieses Berufs auf, für die Kräftigung und Erhaltung ihrer Organisation zu sorgen. Die Ablehnung der Vorlage im vorigen Jahre sei wesentlich der eifrigen Agitation der Tabakarbeiter zu verdanken. In diesem Jahre liegen die Aussichten für die Ablehnung keineswegs günstig, deshalb ist es nöthig, um so lauter gegen die Vorlage zu protestieren. Gäßner richtet seine Mahnung

an die Indifferenten. Man solle nicht glauben, diese Post haben nur die Tabakarbeiter zu tragen, und nur diese müßten sich gegen die Vorlage wehren. Nein, die gesamte Arbeiterschaft habe unter den Folgen einer solchen Steuerpolitik zu leiden. Die 40 000 Arbeiter, die durch diese Vorlage brotlos werden, müssen ein Unterkommen in anderen Industrien suchen, vermehren somit die Zahl der Arbeitslosen, die den Unternehmern eine leichte Handhabe bieten, die Löhne noch weiter zu drücken. Nachdem noch einige Redner im gleichen Sinne gesprochen hatten, gelangte die Resolution einstimmig zur Annahme.

Die Versammlung im Swinemünder Gesellschaftshaus war von gegen 700 Personen besetzt. Hier referierte Reichstags-Abgeordneter Seifert in trefflicher Weise und fandene seine packenden Darlegungen ungetheilten Beifall. Behandelte der Referent die Tabaksteuer-Vorlage mehr von allgemeinen Gesichtspunkten aus, so schilderte Butry mehr die Gefahren der Vorlage für die Tabakarbeiter. Den beiden Rednern folgten eine Reihe anderer Diskussionsredner. Abweichende Meinungen traten nicht zu Tage. Die allgemeine Uebereinstimmung befandete sich schließlich in der einstimmigen Annahme der vom Referenten in Vorschlag gebrachten Resolution.

Der Kolberger Salon in der Kolbergerstraße war gleichzeitig mit der Volksversammlung auch durch ein Mißverständnis zur Abhaltung einer Metallarbeiter-Versammlung bestimmt gewesen. Der Veranstalter der letzteren überließ das Lokal in dessen der Volksversammlung, welche nunmehr unter Teilnahme von etwa 800 Personen stattfand. Doch noch ein zweites Mißgeschick widerfuhr dieser Versammlung, indem der Referent des Abends, Reichstags-Abgeordneter Mollenhuth, am Erscheinen verhindert war. An seiner Stelle übernahm Genosse Näther das Referat und erfüllte seine Aufgabe in glänzender Weise. Nach einer regen Diskussion, in welcher Gegner sich nicht zum Worte meldeten, wurde die gemeinsame Resolution einstimmig angenommen.

Parteinachrichten.

Von der Agitation. In Havelberg fand am letzten Sonntag eine gut besuchte Schifferversammlung statt, zu der Genosse Antrich aus Berlin als Referent erschienen war. Seine Rede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen und eine Resolution, durch die sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, angenommen. — Gegen die Tabaksteuer hat weiter eine Versammlung stattgefunden in Ahim, wo Genosse Dr. Dieblich aus Bremen referierte. — Der Frau Kähler-Gamburg, die sich gegenwärtig auf einer Agitationstour durch Westfalen befindet, werden dort mancherlei Schwierigkeiten bereitet. Eine Volksversammlung, welche dieser Tage in Altena stattfinden und in der Frau Kähler über Pflichten und Rechte der arbeitenden Klasse sprechen sollte, wurde verboten. Die Anmeldung der Versammlung bescheinigte die Polizei wohl, verbot aber die Teilnahme der Frauen an derselben einschließlich der Referentin. Was werden wir wohl unter dem neuesten Kurs noch alles erleben müssen. Dem Einberufer gelang es noch rechtzeitig, Dr. Vätgenou zu benachrichtigen, welcher das Referat an stelle der Frau Kähler übernahm.

Vom Genossen Dr. jur. C. Treves geht und bezüglich unserer gebrachten Notiz nachstehendes Schreiben zu: „Seit einiger Zeit unternimmt es ein Individuum — Betrüger oder Spigel gleichviel — sich unter meinem Namen C. Treves, früherer Redakteur des „Grado del Popolo de Turin“, an die Redaktionen deutscher Parteiplättchen heranzudrängen. Es ist meine Pflicht und liegt in meinem Interesse, die Parteigenossen hierdurch darauf aufmerksam zu machen, daß jener Herr ein ganz gefährlicher Schwindler sein muß, denn alle jene Eigenschaften, die er sich zuschreibt und unter denen er versucht, sich in das Vertrauen seiner Opfer einzuschleichen, gehören mir. Hoffend, daß es bald gelingen möge, den Gauner zu entlarven, kann ich vorläufig nichts thun, als öffentlich vor ihm zu warnen, damit die Genossen sich vor ihm hüten. Dr. jur. Claudio Treves.“

Der in Essen von unseren Genossen abgefaßt und von der Polizei so glimpflich behandelte Lumpazius ist ein großer Mann mit schwarzen Haaren im Alter von ca. 50 Jahren, während Genosse Dr. Treves ca. 28 Jahre alt sein dürfte, von Mittelgröße ist und rothes Kopf- und Barthaar hat.

Die Parteiplättchen, welche von unserer Mittheilung in der letzten Nummer Notiz genommen haben, werden ersucht, auch diese abzubringen.

Zur Nachwahl im Kreise Lennepe-Mettmann. Renschelid schreibt man: Die bevorstehende Nachwahl wird in unserem Kreise ein getreues Spiegelbild von dem Kampfe unter den Parteien und Parteien in Deutschland liefern. Die Herren von der agrarischen Opposition vulgo Hochkonservativen unseres Kreises wollen mit dem gemeinsamen Nisch-Nisch nicht mehr mitmachen, sondern ihr Heil allein versuchen. Sie hatten mehrere Zusammenkünfte in Elberfeld und auch die teufelstesten der Teufelchen vulgo Antisemiten dazu geladen, weil sie voraussetzten, daß diese mit der schwärzesten Reaktion durch die und dann marschieren. Die Verhandlungen führten dazu, daß der Guts-pächter Kemmann aus dem Weitmanner Kreise als Kandidat nominirt wurde. Diese Kandidatur war nicht nach dem Herzen der handvoll Antisemiten und wollen diese sich noch eine Extrawurst gönnen und einen eigenen Kandidaten aufstellen. Genannt wurde schon der Professor Wendland in Remscheid. Die Konservativen und Agrarier trugen sich mit großen Hoffnungen, sie wollen der nationalliberalen und freikonservativen Partei von den Bewerbern die Mittelung machen und damit die Bitte verbinden, den Kandidaten in derselben Weise zu unterstützen, wie früher der nationalliberale Kandidat von ihnen unterstützt worden ist. Ferner soll an die Handwerkerverbände und die christlichen Arbeitervereine dieselbe Bitte gerichtet werden, da ein Mittelstands-Kandidat auch ihre Interessen vertritt. Sodann soll allen Ordnungsparteien vor Eintritt in die Wahlbewegung eine Abmachung dahin vorgeschlagen werden, daß im Falle einer Stichwahl die betreffenden Wohlthäter's ihren Parteigenossen dringend empfehlen, dem Kandidaten ihre Stimme zu geben, der gegen den sozialdemokratischen Kandidaten eventuell in die Stichwahl kommt. Die „Elberfelder Zeitung“ hatte so etwas vorausgesehen und daher vorgeschlagen, daß aus dem „liberalen Lager“ ein Kandidat vorgeschlagen werde, der es ermöglicht, daß die nationalliberale und freisinnige Partei gemeinsam ihre Stimmen auf dessen Namen vereinigen könne, um den Sozialdemokraten den Wahlkreis zu entreißen. Von einer solchen Kandidatur verläutet noch nichts, wir haben wohl schon einen freisinnigen Kandidaten nennen hören, aber ob dieser geeignet ist, die Stimmen der Nationalliberalen auf sich zu vereinigen, möchten wir noch abwarten. Es ist nur gut, daß die Konservativen die „Eventualität“ einer Stichwahl mit den Sozialdemokraten ins Auge gefaßt haben; wenn diese „Eventualität“ nicht eintritt, dann sind auch die „Abmachungen“ der „Ordnungsparteien“ gegenstandslos und ist der Sozialdemokrat Meier im ersten Wahlgange gewählt. An der Kampfesfreudigkeit unserer Genossen fehlt es nicht, diese Eventualität nicht eintreten zu lassen.

Ueber seine Thätigkeit im Reichstag seinen Wählern zu berichten, wird dem Genossen Josmann-Chemnitz fast unmöglich gemacht. Versammlungen, in denen er sprechen wollte, wurden verboten in Reyschlau, Myslau und Elsterberg. Nur in Reichenbach wurde sie gestattet.

Die Kreisversammlung der Sozialdemokraten Südtirols, welche am 24. Februar in Bozen tagte, wählte eine sechsgliedrige Kommission, welche Mittel aufzufinden machen soll, wie

die besonderen Schwierigkeiten der Agitation in Südtirol am besten zu überwinden sind. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung, „Presse“, drehte sich die Diskussion hauptsächlich um die Frage, wie am besten, schnellsten und sichersten eine italienische Arbeiterzeitung beschaffen werden könnte. Nach eingehenden Erörterungen wurde beschlossen, dahin zu trachten, daß die Herausgabe derselben in Wien und das in Wäldo betrieben werden soll. Obwohl die Verhandlungen deutsch und italienisch geführt werden mußten, verlief die Konferenz, die einen Tag in Anspruch nahm, sehr befriedigend und lieferte wiederum den Beweis, daß unter den Sozialdemokraten weder nationale noch Standesunterschiede bestehen.

Der außerordentliche Kongreß der belgischen Sozialisten, der am Sonntag in Brüssel tagte, war von circa 500 Delegirten besetzt, die etwa 400 Arbeiterorganisationen vertraten. Es handelte sich um zwei Verhandlungsgegenstände: Die Gemeindevahl-Gesetzgebung und die Kolonialfrage. Zum ersten Punkt der Tagesordnung findet eine Resolution Annahme, in welcher der Kongreß das allgemeine Wahlrecht fordert für alle Einwohnungsabgaben, sobald sie sechs Monate in der Gemeinde wohnen. Alle Arbeiterorganisationen des Landes sollen aufgefordert werden, sich über ihre Stellung zum Generalstreik auszusprechen, der eventuell angewandt werden soll, falls die Kammer das allgemeine Wahlrecht für die Gemeindevahlen nicht annehmen sollte. Darin ein Manifest soll die Verwahrlosung der Gemeinde-Interessen durch die Bourgeois-Gemeinderäte gekennzeichnet werden; ferner sollen die Frauen zur Teilnahme an der Agitation aufgefordert werden. — Die Stellung des Kongresses zur Kolonialfrage wurde durch folgende Resolution zum Ausdruck gebracht: Der außerordentliche Kongreß der belgischen Arbeiterpartei hat Kenntnis genommen von den Umständen, unter denen die Uebernahme des Kongo in Frage steht, und spricht sich in der Meinung, daß eine koloniale Unternehmung unter dem kapitalistischen System und mit den heutigen Mißbräuchen nicht dazu beitragen kann, die soziale Frage zu lösen; in der Meinung, daß von jetzt ab schon der Kapitalismus die natürlichen Reichthümer des Kongo monopolisiert hat, entschieden gegen die Uebernahme unter diesen Umständen, wie auch gegen alle weiteren Geldleistungen an diese finanzielle und kommerzielle Unternehmung aus. Für den Fall, daß ungeachtet des Widerstandes der sozialistischen Partei und der deutlich ausgesprochenen Opposition der großen Mehrheit des Volkes die Regierung eine Mehrheit in den Kammern findet, die Annexion annimmt, erklärt der Kongreß, die Verantwortlichkeit für diese That mit allen ihren Folgen von sich abzulehnen, und die finanziellen Verpflichtungen, die dem Staate dazu auferlegt werden sollen, nicht anzunehmen.

Eine weitere Resolution spricht sich gegen jede Kolonialpolitik überhaupt aus, da das Parlament sich in allererster Linie zu beschäftigen habe mit der Verbesserung der Lage der belgischen Arbeiter. Die Annexion des Kongo wird verworfen, da dem Lande dadurch nur neue finanzielle Schwierigkeiten entstehen und weil ferner die Brutalitäten, welche die europäische Bourgeoisie, angeblich, um die Kultur zu verbreiten, in den überseeischen Ländern verübt, ein Beweis sind, daß es ihr nicht um die Emanzipation der Sklaven zu thun ist. Nachdem vom Ausschuss noch mitgeteilt war, daß „Le Peuple“ vom 1. Mai an eine abermalige Vergrößerung erfahren werde, fand der Kongreß unter Abhängen der Marxeilaise seinen Abschluß.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— In Eudenburg fand am Abend des 27. Februar eine öffentliche Parteiverammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete H. Förster einen ca. zweistündigen Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage hielt. Da die Polizeistunde, die bei dem betreffenden Lokalbesitzer 11 Uhr ist, herangekommen war, so sah sich der überwachende Polizeikommissar veranlaßt, die Versammlung auf grund des Vereinsgesetzes aufzulösen.

— Einen seltenen Fall haben wir heute aus Sachsen zu melden. Das Dresdener Landgericht hat den bekannten Erlass der Amsthaupmanufaktur Dresden-Altschmidt, der verordnet, daß zur Vetheiligung von schulpflichtigen Kindern an Festlichkeiten behördliche Erlaubnis nötig sei, widrigensfalls die Veranstalter und Leiter solcher Festlichkeiten zu bestrafen seien, für rechtungsgiltig erklärt. Die auf grund jener Verordnung mit Polizeistrafen belegten und vom Amtsgericht Döhlen verurtheilten Vorstandsmitglieder des Arbeitervereins für den Plauenischen Grund wurden kostenlos freigesprochen. Damit sind auch alle dergleichen Erlasse anderer Verwaltungsbehörden als hinfällig anzusehen. Dieser Versuch, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, denn nur gegen diese war er gerichtet — hat also mit einem vollenbenden Fiasko der sächsischen Verwaltungsbehörden geendet.

— Wegen Beleidigung der Polizeibehörde zu Freiburg i. Schl., welche begangen sein sollte durch ein Flugblatt, wurde dieser Tage gegen fünf Genossen vor der Schweidnitzer Strafkammer verhandelt. Schon am 15. Januar hatte Verhandlung in dieser Sache angefangen. Damals machten die Angeklagten noch Ablehnung ihrer Anträge geltend, daß der Gerichtshof belangen sei und lebten denselben ab, was auch der Gerichtshof annahm. Das Oberlandesgericht zu Breslau wies diesen Beispruch ab und übergab die erneute Beweisaufnahme wiederum der Strafkammer in Schweidnitz. Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte der erste Angeklagte, die Verhandlung auszusetzen, da die von ihm vorgeschlagenen Zeugen nicht geladen worden seien und er und seine Genossen gegenseitig als Entlastungszeugen auftreten würden. Diesen Antrag lehnte der Gerichtshof ab. Vier mehr lehnten die fünf Angeklagten das Richterkollegium wiederum als belangen ab, da ihre Anträge abgelehnt wurden und ihnen daher nicht die Möglichkeit gegeben sei, ihre Entlastungsbeweise vorzubringen. Der Gerichtshof lehnte es ab, auf dieses neue Ablehnungsgesuch eine Entscheidung zu treffen, da bereits das Oberlandesgericht diesen Antrag abgelehnt hat. Jetzt erklärten die fünf Angeklagten, daß sie auf jede Verteidigung verzichten und keinerlei Aufklagen machen würden. Es erfolgte nun die Verlesung des betreffenden Flugblatt-Artikels, der mit der Ueberschrift: „Arbeiter! Parteigenossen!“ beginnt und mit der Unterschrift: „Die Lokalkommission“ schließt. Sämtliche fünf Angeklagten erklärten nachmal, daß sie sich zur Sache selbst nicht äußern würden. Nach der Vernehmung dreier geladenen Zeugen erklärten die beiden ersten Angeklagten, daß ein Beweis gegen sie nicht erbracht sei und bei einer Verurteilung und Vernehmung der anderen Zeugen würde sich die Wahrheit des Flugblattes ergeben. Die Strafkammer lehnte auch diesen Antrag ab, da er nicht erheblich für die Beurteilung der That sein würde und die Kenntnis von dem Inhalt des Flugblattes den Verteilern desselben bekannt gewesen sei. — Der erste Staatsanwalt hielt den ersten Angeklagten für überführt der schweren Beleidigung der Freiburger Polizeibehörde und des großen Unfugs wegen Verbreitung des Flugblattes; er beantragte gegen denselben eine Gesamtstrafe von vier Monaten Gefängnis und Publikationsbefugnis des Urtheils durch den „Freiburger Boten“. Gegen die beiden letzten Angeklagten beantragte er wegen Beihilfe zum großen Unfuge eine Gefängnisstrafe von je einem Monat; gegen die beiden anderen Angeklagten Vertagung der Verhandlung und Vernehmung anderer Zeugen, welche die von diesen angeführte Verteidigung des Flugblattes bekunden sollen. — Der Gerichtshof erkannte dahin, daß der erste Angeklagte wegen öffentlicher Beleidigung, nicht auch wegen großen Unfugs, zu zwei Monaten Gefängnis und die beiden letzten Angeklagten wegen Beihilfe zur Beleidigung, nicht auch wegen großen Unfugs, zu je drei Wochen Gefängnis verurtheilt wurden. Die beiden anderen Angeklagten wurden mangels Beweises freigesprochen. Der Freiburger Polizei-

behörde wurde das Publikationsrecht im „Freiburger Boten“ zugesprochen.

— Mehr zurückgegeben, als vorher bei einer Haus-suchung genommen, hat in einem Falle die Ziffer Polizei. Der Genosse Kunze erhielt am 14. Februar von der Staats-anwaltschaft das von der Polizei beschlagnahmte und veriegelte Paket mit dem Bemerkten zurück, daß keine richterliche Unter-suchung stattgefunden habe. Beim Öffnen des Pakets erblickte unser Genosse ein Buch, welches nie sein Eigenthum gewesen ist, mit dem Titel: „Evangelische Andachten“, von Professor Gradler, Ziffert. Selbstverständlich hat Genosse Kunze die Polizei von seinem glücklichen Fund in Kenntniß gesetzt, um nicht etwa der Unterschlagung bezichtigt zu werden.

Soziale Uebersicht.

Die Militärkapellen machen nicht nur den Zivil-Berufs-musikern drückende Konkurrenz, sie beginnen auch sich gegenseitig zu unterbieten, wie aus folgender Notiz, die wir den Hannover-schen „Neuesten Nachrichten“ entnehmen, hervorgeht: „Bezüglich Nichtigstellung einer Konzerte betreffend der Konzerte im Zoologischen Garten theilt uns der Königl. Musikdirektor Herr Gule mit, daß er mit der Feld-Artillerie-Kapelle seit 1885 im Zoologischen Garten konzertirte, daß ihm neuerdings aber von der Direktion das Verhältnis gekündigt worden, weil er nicht in der Lage sei, billigere Preise zu stellen. Die Konzerte hat jetzt Stabs-hoboist Merkel vom Regiment Nr. 74 übernommen, welcher dieselben jährlich um ca. 6000 Mark billiger spielt. Der Kneiff für die Musiker beträgt pro Konzert und pro Mann 50 Pf., ist also ein bedeutender. Im Tivoli, wo die Gule'sche Kapelle bisher wöchentlich zweimal spielte, hat Stabs-hoboist Merkel auch diese beiden Konzerte übernommen, gleichfalls jedes Konzert pro Musiker 50 Pf. billiger.“ — Der Herr Direktor Gule, der sich mit Recht hier so beschwert fühlte, soll aber ganz aus demselben Holze geschnitten sein, wie sein Kollege. Er soll, der „Deutschen Musiker-Zeitung“ zufolge, vor längerer Zeit sich dahin geäußert haben, daß er beabsichtige, die Zivilmusiker möglichst zu ruiniren, und alle Musikaufführungen zu jedem, wenn auch noch so billigen Preise annehmen zu wollen. — Wo bleibt da übrigens die Wirkung der bekannten Verfügung des Kriegsministers?

Die Wasseruppen der sozialen Reformen werden der herrschenden Klasse bereits zu kostspielig. So wurde kürzlich bei der Eröffnung des brandenburger Provinziallandtages die Mit-theilung gemacht, daß von den früher erstreuten Verpflegungen der bei weitem größte Theil wieder eingegangen ist, weil die Kosten gegen früher um das Dreifache gestiegen sind. Auch in der Kreisstaatsprüfung zu Burg vom 11. d. M. wurde mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, die vier Ver-pflegungen Burg, Gammern, Loburg und Jiesar zum 1. April dieses Jahres eingeben zu lassen. — Diese Thatfachen geben den „Dehern und Wählern“ recht, die da behaupten, daß das grenzen-lose, immer mehr wachsende Elend durch „Wohlthätigkeit“ nicht beseitigt werden kann, daß die Armuth den Besitzenden über den Kopf wächst.

Erhebungen über die Handweberei werden bekanntlich gegenwärtig auf Anordnung der Regierung in Schlesien angefaßt. In dem den Gemeinden zur Beantwortung vor-gelegten Fragebogen sind die Anzahl der Fabrik-Handweber (das sind solche, die in Werkstätten arbeiten, in welchen 10 und mehr Handweber beschäftigt sind), der Haushandweber (d. h. solche, welche in der eigenen Wohnung oder in Werkstätten wohnen, in welchen weniger als 10 Weber thätig sind), die Zahl der Meister oder selbständigen Weber und der Gehilfen anzugeben. Die Statistik bezieht sich ferner auch auf die Thätigkeit der Weber und es ist anzugeben, wie viele der Handweber sich nur mit Weberei und wie viele sich auch mit anderen Erwerbsarbeiten beschäftigen, ferner wie viele von ihnen baumwollene, feine, halbleinene, wollene und baumwollene Gewebe herstellen. Ebenso ist die Benennung der hergestellten Gewebe anzugeben.

Ueber die Arbeitslosen-Unterstützungen, die vom De-parterement des Innern in Basel ausgefaßt worden sind, wird im Baseler „Vorwärts“ folgende Abrechnung gegeben. Ein-nahmen: Gabe des Allg. Konsumvereins 2000 Fr., vom Großen Rath mit Beschluß vom 7. Februar 1895 bewilligt 8000 Fr., Total 10 000 Fr. Ausgaben: An die Arbeitslosen des Bau-handwerks 6185 Fr., an die Arbeitslosen anderer Gewerbe 3515 Fr., an arbeitslose Wittwen 315 Fr., Saldo 5 Fr. Total 10 000 Fr. Zur Unterstützung meldeten sich 584 Familien mit zusammen 2422 Familienmitgliedern. Von diesen konnten, weil die Voraussetzungen des Grobrathsbeschlusses zuträfen, berück-sichtigt werden 499 Familien mit zusammen 1757 Familien-mitgliedern. Von den Unterstützten kommen 262 Familien auf das Bauhandwerk, 156 auf sonstige Gewerbe. Hierzu kommen 21 Wittwen. 27 Familien sind aus Basel, 218 aus der übrigen Schweiz und 194 aus dem Ausland.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Madrid, 1. März. Eine amtliche Depesche aus Havanna meldet, daß die spanischen Truppen eine Schaar von Auf-ständischen in Santiago zerstreut haben.

Catanzaro, 28. Februar. Ueber das bereits gestern gemeldete Verbrechen werden noch folgende Einzelheiten mit-getheilt: Der Seminarist Luigi Nisi feuerte gestern Abend, als er erfuhr, daß er nicht zur Priesterweihe zugelassen würde, im bischöflichen Palais in Gegenwart des Bischofs auf den Rektor des Seminars einen Revolver-schuß ab und verwundete denselben schwer an der linken Wange. Sodann feuerte Nisi noch zwei Schüsse gegen einen Diener ab, welcher ihn festzunehmen ver-suchte; der Diener blieb unverletzt. Der Verbrecher entfloß, stellte sich aber später selbst der Polizei.

London, 1. März. Nach einem dem „Reuter'schen Bureau“ aus Mexiko zugegangenen Telegramm entgleiste gestern bei Temamalta ein Zug der interozeanischen Eisenbahn. Der Zug war von Belgern, die nach Mexiko reisten, dicht besetzt. Es sollen 104 Personen getödtet und 85 verletzt worden sein.

Hiroshima, 1. März. Nach einem amtlichen Berichte des Marschalls Oyama vom 27. v. M. wurden die Chinesen am 24. Februar vormittags in der Nähe von Tapinghan gefangen. Nachmittags griffen 18 000 Chinesen Hailsheng an; dieselben wurden aber zurückgeworfen und zogen sich in der Richtung auf Yinkou zurück. Die Japaner hatten 20 Tödtete und 250 Ver-wundete, die Chinesen 200 Tödtete; die Zahl der chinesischen Verwundeten ist unbekannt.

(Leveschen-Bureau Herald.)

Wien, 1. März. In dem Bezirk Mariahilf bozing in voriger Nacht der Bronze-Arbeiter Geilhofer an einer Prostituirten einen Raubmordversuch. Die Letztere wurde schwer verletzt. Der Thäter ist bereits verhaftet.

Budapest, 1. März. Ein Portier namens Franz Schreiner durchschneit seiner Frau aus Eifersucht die Kehle und erschloß sich dann selbst.

Rom, 1. März. Aus Rimini wird gemeldet, daß die Arbeiterbewegung sich immer kritischer gestaltet. Die Händlo-fabriken sind geschlossen. Unter der Bevölkerung der Romagna herrscht größte Erregung.

Rom, 1. März. Die Sicherheitspolizei hat bei dem jungen Prinzen Cato, welcher sozialistischen Ideen huldigt, eine Haus-suchung vorgenommen. Derselbe ist resultatlos verlaufen. Gestern wurde der Prinz einem Verhöre unterworfen, in dessen Verlaufe er erklärte, daß er mit allen Kräften die Kandidatur Crispi's in Palermo bekämpfen werde. Der Prinz soll daselbst ein Blatt gegründet haben, welches während des Belagerungszustandes unterdrückt wurde.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

49. Sitzung vom 1. März 1895, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats Fürst v. Hohenlohe, v. Marshall, Hollmann, Graf v. Posadowsky, v. Bötticher.

Der Abg. Kalmring ist nach längerem Leiden verstorben; die Anwesenden ehren sein Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Staatshaushalts-Etats und zwar des Spezial-Etats der Marineverwaltung. Unter den einmaligen Ausgaben werden zunächst verlangt: Zum Bau des Panzerschiffes T. 4. Rate 1470 000 M.; zum Bau des Panzerschiffes „Din“ (V) 4. Rate 1470 000 M.; zum Bau des Panzerschiffes „Ersch Preußen“ 2. Rate 2 500 000 M.; und zur Herstellung von Torpedoböden, 2. Rate 1 778 000 M.; ferner werden verlangt folgende erste Raten: zum Bau von 4 Kreuzern: Ersch „Reipzig“ 1 000 000 M., für K, L und Ersch „Fregat“ 2 000 000 M.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe (auf der Journalistentribüne sehr schwer verständlich): Es ist auch in der Kommission anerkannt worden, daß unser überseeisches Panzergeschwader einer Verstärkung bedarf. Wir brauchen dieselbe zum Schutz unseres überseeischen Handels. Die Schaffung einer deutschen Flotte hat schon im Jahr 1848 das Herz eines jeden Patrioten mit Begeisterung erfüllt und der Schmerz und die Beschämung war groß, als dann die deutsche Flotte verkauft wurde. Wollen wir aber eine wirksame deutsche Flotte schaffen, so muß dieselbe so beschaffen sein, daß sie ihrer Aufgabe entspricht. Unsere Flotte hat in mancher Beziehung mit den Fortschritten der nautischen Technik nicht gleichen Schritt gehalten; wir müssen Schiffe haben, die uns Respekt verschaffen. Manche Schiffe, die noch vor wenigen Jahren eine imponirende Erscheinung boten, sind jetzt veraltet. Es handelt sich ja nicht um die Schaffung einer großen Flotte, sondern um die Erhaltung dessen, was wir haben, und um den Ersatz des Unentbehrlichen. Alle Träume auf die Schaffung einer wirklich imponirenden großen Flotte zerfliegen sofort, wenn wir nicht den Reichstag und die Steuerzahler hinter uns haben (Weiterkeit); da treten uns unüberwindliche Hindernisse entgegen. Ich empfehle die außerordentlichen Ausgaben der Marineverwaltung Ihrer wohlwollenden Beurteilung und hoffe zuversichtlich, daß Sie denselben Ihre Zustimmung geben werden. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Mirbach (l.): Namens einer erheblichen Majorität meiner politischen Freunde habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir für die Forderung stimmen werden.

Es erfolgt die Bewilligung der ferneren Raten für die Panzerfahrzeuge T, V, „Ersch Preußen“ und für die Herstellung von Torpedoböden.

Die übrigen vier Titel betreffend die Kreuzer werden gemeinsam beraten.

Staatssekretär Hollmann: Es sind zwei Schiffe als Ersch und zwei als Ergänzung in Aussicht genommen. Zwei Schiffe haben schon 1890/91 auf dem Stat figurirt. Der Kreuzer K ist sogar, nachdem er schon bewilligt war, wieder abgelehnt worden. Die Forderungen sind alte, sie sind gestellt, weil unsere Kreuzerflotte sich in einem bedenklichen Niedergang befindet. Beeinflusst wird die öffentliche Meinung nur durch die alarmirenden Nachrichten, daß hinter diesen Forderungen noch große ungeheuerliche weitere Forderungen ständen. Davon ist keine Rede. 1879 wurden 4 Kreuzerfortellen auf Stapel gesetzt und 1885 betrug der höchste Stand der Kreuzerflotte 21 Fahrzeuge mit einer Besatzung von 6900 Mann. Jetzt folgt der Niedergang. Bis 1895 sind nur 4 Kreuzer vom Stapel gelaufen. Es waren aber in Abgang gekommen 16 Schiffe. Wir haben jetzt nur 9 Schiffe mit 3000 Mann Besatzung. In derselben Weise ist auch die Qualität der Schiffe zurückgegangen; denn was damals noch vollwertig war, ist heute nicht mehr. 1885 standen wir in der Ausstattung dieser Schiffe allen europäischen Mächten und den amerikanischen Staaten voran; heute stehen wir uns, daß wir mit Argentinien zusammen marschieren können. Sämtliche übrigen Staaten sind uns vorausgekommen. Und da glaubt man noch, daß die Marineverwaltung sich nach den Seemächten ersten Ranges richten will. Daran kann sie gar nicht denken. Ich kann mich nicht einmal auf Rußland beziehen, dessen Schiffe den achtsachen Tonnengehalt der unsrigen haben, und welches trotzdem im nächsten Jahre zwanzig neue Schiffe bauen will. Für den politischen Dienst sind jetzt nur fünf Schiffe verfügbar, welche durchaus nicht den neueren Anforderungen entsprechen, bei denen man sich also dem Unglück aussetzen kann, welches die „Eibe“ betroffen hat, die mit Mann und Maus untergegangen ist. Der Herr Staatssekretär verweist auf die Wirren in Chile, bei denen Deutschland nicht sofort vertreten sein konnte, weil keine Dampfer vorhanden waren. Ich bitte Sie, den Bewilligungen Ihrer Kommission beizutreten; das dient wirklich zum Wohle des Vaterlandes. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Marshall: Die 4 neuen Kreuzer werden gefordert im Interesse des auswärtigen Dienstes, und hieraus entspringt meine Legitimation, entschieden für die Bewilligung dieser Forderung einzutreten. Die Sympathien für Neubewilligungen von Schiffsbauten sind draußen im Lande gegen früher sehr mäßig geworden, und der Widerspruch über unsere wirtschaftliche, namentlich unsere landwirthschaftliche Lage treibt manchen in eine Stellung, die er früher nicht eingenommen hätte. Wir müssen diesen Strömungen auf den Grund gehen, um zu sehen, wo Abhilfe geschaffen werden kann; wir dürfen uns aber durch diese Strömungen nicht leiten lassen, sondern sie in ruhige Bahnen lenken. Von unsern Plänen ist in der Marine-Verwaltung nicht die Rede. Das Gräßliche über ungeborene Ideen der späteren Zukunft ist von jeder der sicheren Weg gewesen, um den Anschluß zu veräumen, wenn reale Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden müssen. Für Deutschland ist eine Kreuzerflotte ein unentbehrliches Werkzeug zum Schutz wichtiger Interessen, und wenn wir dieses Werkzeug verrotten lassen, so werden wir wirtschaftlich rückwärts gehen und politisch zurückbleiben. Unsere Schiffe werden alt und verbrauchen sich, damit müssen wir rechnen, und wenn wir keine neuen Schiffe bauen, werden wir eines Tages überhaupt keine Schiffe mehr haben. Ein Theil unserer Kreuzer ist 10 Jahre lang ununterbrochen im Dienst gewesen und wir sind schließlich zu umfassenden Reparaturen genöthigt. Wir gebrauchen und verbrauchen Schiffe von einem Typ, den alle anderen Nationen bereits außer Dienst gestellt haben. Wenn wir trotzdem mit diesen alten Schiffen noch Wirkungen erzielen haben und unser Ansehen und unsere Machtstellung im Auslande noch so groß ist, so liegt das an der Leistung unserer Schiffe, welche sich überall und gegenüber den schwierigsten Aufgaben in glänzendster Weise bewährt hat. (Beifall rechts.) Es handelt sich um den Schutz überseeischer Interessen. Nicht bloß der Kaufmann ist am überseeischen Handel beteiligt, sondern Tausende und Abertausende sind am Export betheilig, weil die Ueberproduktion im Innern nicht untergebracht werden kann. Die europäischen Märkte werden nicht abnahmefähiger; deshalb erlangen die überseeischen Märkte eine immer größere Bedeutung. Wer über

Ueberproduktion klagt und den Schutz des überseeischen Handels verweigert, der bewegt sich in einem scharfen Widerspruch. Wir müssen ferner die Hochkoste beziehen, die bei uns nicht erzeugt werden, Baumwolle, Kaffee, Kakao, Thee, Reis u. s. w., und es ist unser dringendes Interesse, daß wir diese Produkte nicht mit barem Gelde, sondern mit unseren Erzeugnissen bezahlen. Allerdings machen auch überseeische Produkte den unsrigen Konkurrenz und drücken deren Preis herab. Der Konkurrenzkampf ist heute sehr hart geworden, es handelt sich nicht mehr bloß um Preis und Qualität der Waare; es entscheidet auch oft das Uebelwollen der Machthaber. Es bestehen auch Strömungen, die europäischen Waaren zurückzudrängen. Unter allen Umständen müssen wir unsere Kreuzerflotte so stark erhalten, daß wir überall, wo wir Interessen haben, unsere Flotte zeigen können; denn bei manchen überseeischen Regierungen und Machthabern wird der Wunsch, unsere Produkte gut zu behandeln, gefördert dadurch, daß unsere Flagge sich dort zeigt. Engerbunden damit ist der Schutz der Deutschen im Auslande. Unsere Kreuzerflotte hat auch in außergewöhnlichen Zeitläuften, bei Revolutionen, Bürgerkriegen u. s. w. aufzutreten; nicht als Parade- und Zeremonienflotte, sondern um Gewalt anzuwenden, müssen die Kreuzer in Aktion treten, um zu zeigen, daß das deutsche Schwert scharf und stark ist. In Peru und Kolumbien tobt der Aufstand und gerade dort haben wir große deutsche Interessen. Nur dem Eintreten der deutschen Kreuzer ist es gelungen, eine Entschädigung zu erwirken. 6 Monate haben die Schiffe vor Rio gelegen, um den Aufstand zu beobachten. Der Reichstag sollte auch der armen Seeleute gedenken und nicht von ihnen noch anstrengendere Dienste verlangen. (Zustimmung rechts.) Auch bei den Ereignissen an der Delagoabai mangelte es an Schiffen.

Zum Schluß ein Blick auf die ostasiatischen Verhältnisse! Die militärischen Ereignisse sind Ihnen bekannt. Wir haben vollkommene Neutralität beobachtet im Kriege zwischen China und Japan und sind gewonnen, diese Haltung zu bewahren. Wir haben jede Intervention abgelehnt. Aber wir haben so große Interessen in jenen Ländern, daß wir mit aufmerksamer Auge alles das beobachten müssen, was heute dort vorgeht. Unsere Ausfuhr nach China beträgt 500 Millionen Mark; sie ist einer Steigerung fähig. Wir haben eine subventionirte Dampferlinie, wir sind betheilig an der dortigen Küstenfahrt und es giebt dort große Missionen, die wir schützen müssen. Früher standen alle Missionäre unter französischem Schutz; das haben wir schwer empfunden, und es ist nach schwerer Mühe erst gelungen, den deutschen Pässen der Missionäre ihre Anerkennung zu verschaffen. Wir haben erst in den letzten Jahren wieder Gelegenheit gehabt, für die Missionäre einzutreten. Die Erfahrung lehrt, daß wenn dort Unruhen ausbrechen, diese sich in erster Reihe gegen die Missionäre richten. Es ist eine Ehrenpflicht für uns, diese Leute zu beschützen. In den ostasiatischen Gewässern stehen uns noch große Aufgaben bevor; da reichen ein paar kleine Kanonenboote nicht aus. Ich habe Ihnen ein Bild entworfen von den Anforderungen, welche wir an unsere Kreuzer stellen müßten. Es ist deshalb wohl nicht zu viel gesagt, daß die Kreuzerflotte sich parallel bewegen muß mit den Interessen, welche sie schützen soll. In der Zeit, wo Deutschland sich Kolonien erworben hat, wo die Handelsflotte sich erheblich vermehrt hat, ist die Kreuzerflotte nicht mehr in der Lage, ihre Pflichten voll zu erfüllen. Ich glaube mich sachlich beschränkt zu haben; vielleicht dem einen oder dem andern zu sehr, denn die Frage hat auch eine materielle Seite. Die Art, wie wir brauchen unsere deutschen Interessen vertreten, ist doch ganz eng verknüpft mit dem Ansehen und der Machtstellung Deutschlands im Auslande überhaupt. Wir müssen die Verhältnisse verbessern; für hunderte und für tausende von Deutschen, die nicht der freien Willen, sondern die bittere Noth über das Meer getrieben hat, ist die deutsche Flagge nicht nur ein Schutz, sondern auch eine ernste Mahnung, deutsch zu bleiben und treu zu Kaiser und Reich zu halten. (Zustimmung rechts.)

Abg. Graf Mirbach (l.): Namens einer erheblichen Mehrheit meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir gewillt sind, die 4 Positionen zu bewilligen; ich bin aber nicht in der Lage, irgend ein Mitglied meiner Partei zu binden für die entscheidende dritte Lesung. Die Minderheit kann sich, nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern lediglich aus wirtschaftlichen und finanziellen Bedenken, nicht für ein zustimmendes Votum entscheiden. (Hört, hört! links.) Ich möchte Sie bitten, die Frage der Küstenverteidigung aus dieser Frage herauszulassen. Ich will mir kein Urtheil erlauben. Das würde ebenso sich verhalten, als ob Jemand, der sein Leben lang nur Soldat gewesen ist, plötzlich an die Spitze eines Großstaates gestellt wird, und nun wirtschaftliche Politik machen soll. (Weiterkeit.) Ob das vorgekommen ist, weiß ich nicht. Ich glaube, daß bei der Verteidigung der Küste der Landarmee die Hauptaufgabe zufallen wird. Für uns sind entscheidend die Fragen der Kolonialpolitik, der überseeischen Handel und der Schutz der Interessen unserer Landleute im Auslande. Es wurde vorher von dem Prestige von Deutschland gesprochen. Wenn man dieses erhalten will, dann ist das hier Verlangte das Mindeste. Das Prestige Deutschlands wollen wir erhalten, so weit unsere Kraft reicht; aber in den letzten 5 Jahren hat das Prestige erheblich abgenommen. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben das Vertrauen zu den jetzt leitenden Männern, daß sie das deutsche Prestige wiederherstellen werden. Wir wollen die gesammte Produktion schützen und deshalb sind wir auch für eine Erhaltung und Vermehrung der Flotte.

Die konservative Partei ist immer für eine zielbewußte und wirksame Kolonialpolitik eingetreten, für die Ausbreitung des Christenthums in den unskultivirten Staaten. Wir sind der Meinung, daß Deutschland als Großmacht nicht zurückstehen dürfe in der Erwerbung von Kolonien, die unsere generellen Produkte uns abnehmen und uns Kolonialwaaren liefern. Wir brauchen als Stütze dafür unsere Marine. Zu dem eigentlichen Kolonialdienst würde der Bestand unserer Marine ausreichen, aber nicht für den überseeischen Handel. Wir Agrarier haben allerdings nicht den mindesten Anloß, den Herren des überseeischen Handels dankbar zu sein. Denn eine Unterdrückung von dieser Seite habe ich noch niemals erfahren; die Herren gehen ganz brutal über unsere Interessen zur Tagesordnung über. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Wer hat den Identitätsnachweis durchgeführt, Sie (nach links) oder die Agrarier? (Weiterkeit.) Die Interessen unseres überseeischen Handels treten mit der größten Schärfe hervor, sobald etwas veräußert ist. Ich sehe darin einen Aufschwung unseres nationalen Lebens. Wir haben gegenwärtig alle Ausgaben sorgfältig zu prüfen. Wir haben an unserer Armee eine sehr schwere Belastung und wenn die Agrarier zu leiden haben, so ist es die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, welche ihr Lasten auferlegt, indem die jugendliche Mannschaft sehr viel stärker als früher herangezogen wird. (Sehr richtig! rechts.)

Die Handelsvertragspolitik hat uns ohne zwingenden Grund verzichten lassen auf eine Einnahme von 40 Millionen Mark (Hört! rechts). Das wirtschaftliche Leben ist daher geschädigt worden. (Sehr richtig! rechts.) Der preussische Landwirtschaftsminister hat sich als Gegner der Handelsvertragspolitik erklärt

und ich darf annehmen, daß darüber kein Dissens im preussischen Staatsministerium besteht, denn sonst würde eine solche Aeußerung nicht gefallen sein. (Hört! rechts; Widerspruch links.) Ja, Herr Richter, Sie und die Sozialdemokraten gehören ja zu den Kerntreppen der Regierung für die Handelsverträge. Wir sind deshalb bereit, der Regierung, die ich hoffe auch in der dritten Lesung, das Geforderte zu bewilligen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Richter: Die Rede hätte auch bei jeder andern Position gehalten werden können. Der Standpunkt des Grafen Mirbach ist im Gegensatz vielleicht zu einem andern Fraktionsgenossen, der da sagen wird: „Ohne Kanib keine Röhre“, der Standpunkt: Wir bewilligen die Röhre, bitten aber dafür nachher um den Antrag Kanib. (Weiterkeit links.) Der Vordredner that so, als ob erst eine Marine bewilligt werden müsse. Es sind aber in den letzten Jahren 200 Millionen Mark für die Marine bewilligt worden. Es handelt sich um eine ganz neue Bewilligung, die insgesammt 42 1/2 Millionen Mark umfaßt, für eine neue Aufgabe der Marine. Der Staatssekretär that in seinem Pathos so, als ob ohne die 4 Kreuzer die Vertretung Deutschlands im Auslande nicht mehr durchgeführt werden könnte: Wenn über das Ansehen Deutschlands und seine moralische Bedeutung die 4 Kreuzer entscheiden, wie wenig Werth waren dann die Milliardenanwendungen, welche für die Wehrkraft Deutschlands gemacht worden sind. (Widerspruch rechts.) Es handelt sich um einen ganz besonderen Dienst der Marine. Die Bedeutung des internationalen Waaren- und Handelsverkehrs braucht uns nicht auseinanderzusetzen zu werden; aber die Auffassung muß zurückgewiesen werden, als ob dieser Waaren- und Handelsverkehr in seinem Wachstum und seinem Umfang bedingt wird durch die Kriegsstärke, welche für internationale Zwecke vorhanden sind. Der Staatssekretär Hollmann stellte es so dar, als ob mit der Handelsflotte auch die Kriegsstärke wachsen müsse. Für mehr als 90 pCt. des Waarenverkehrs kommt die Flotte gar nicht in Betracht. Gegenüber den zivilisirten Staaten sind wir auf solche Flottendemonstrationen nicht angewiesen; da würde auch die gesammte Kriegsstärke in Betracht kommen, nicht die Kreuzer. Wir sind einverstanden damit, daß die Deutschen im Auslande gegen Gewaltthätigkeiten u. s. w. geschützt werden. Aber wie weit in diesem Jahre Aufwendungen dafür zu machen sind, darüber besteht Meinungsverschiedenheit. Wir sollen jetzt zu wenig Schiffe haben. Es wäre wünschenswerth, darüber eine Schiffsliste zu erhalten; es sind darüber schon alle möglichen Statistiken aufgestellt, die sehr seltsam ausfallen. Heute fällt ein Schiff bedeutender ins Gewicht, als vor zehn Jahren zwei oder drei Schiffe. Der Staatssekretär des Marineamts ließ die Stationskreuzer und die Kreuzer vierter Klasse vollständig außer Betracht; diese Schiffe sind früher gerade als tauglicher für den überseeischen Dienst erachtet worden als die Kreuzer- und Kreuzerfortellen. Gerade die Schiffe für den überseeischen Dienst sind in der letzten Zeit erneuert worden und die zu grunde gegangenen sind durch bessere ersetzt worden. Der „Seeadler“ hat auch in der Delagoa-Bai vollständig den Zweck erfüllt, zu dem er dorthin geschickt wurde. Es würde sich nur fragen, ob ein Bedürfnis zu neuen Schiffen vorhanden wäre bei einer größeren Machtentfaltung zur See. Es bleiben übrig das Aufgebot der Marine in Südamerika und in Ostasien. Es sind allerdings dafür in den letzten Jahren große Anforderungen zusammengekommen. Aber es ist nicht wahr, daß den Anforderungen nicht hätte genügt werden können. Es hat schwerer Anstrengungen unserer Marinemannschaften bedurft, aber solche besonderen Anforderungen an die Besanntheit giebt es schließlich in jeder Reichsverwaltung einmal. Was den Schutz der Mission in China betrifft, so weiß ich nicht, ob die Missionen im Innern China's placirt sind und ob unsere Schiffe bis dahin schicken können. (Weiterkeit.) Das ist wohl nur eine Kapitulation vor dem Zentrum. Die zwei Kanonenboote haben wir doch nicht aus Noth nach Ostasien geschickt, sondern weil die Kanonenboote am besten geeignet sind, in dem flachen Gewässer die Seeräuber zu verfolgen. Jetzt sollen die Kanonenboote abgelöst werden durch ein Kreuzergeschwader. In ganz China giebt es 783 Deutsche, die Schiffe, welche jetzt dort sind, sind mit 1500 Mann besetzt. Der Schutz ist also dort vollständig ausreichend. (Weiterkeit.) Wir haben das größte Interesse an der strengsten Neutralität in dem chinesisch-japanischen Konflikt. Aber der Krieg wird dort beendet sein, ehe die Panzerkreuzer nach 4 Jahren die See befahren und das deutsche Schwert scharf und schneidig repräsentiren können. (Weiterkeit.) Wir lehnen es nicht ab, neue Schiffe für die besonderen handelspolitischen Aufgaben der Marine zu bewilligen. Aber alles muß doch Maß und Ziel haben; wir brauchen diese Bewilligungen doch nicht gleich in dem Umfange zu machen, wie es verlangt wird. Wir sind besonders gegen den 17 1/2 Millionenkreuzer, den der Reichstag schon einmal abgelehnt hat. Die Forderung von vier neuen Kreuzern kommt um so überraschender, als in der Denkschrift von 1889 ein Bedürfnis nach solchen Schiffen nicht anerkannt worden ist. Man sagte damals, man werde mit Schiffen für handelspolitische Zwecke noch Jahre lang auskommen. Selbst in der Denkschrift von 1892/93 über den Mannschaftsbedarf wurde in keiner Weise angedeutet, daß man mehr Mannschaften für den handelspolitischen Dienst brauche. Die Art, wie jetzt plötzlich eine solche Erweiterung der handelspolitischen Flotte verlangt wird, erinnert an den Vorgang von 1888. Zuerst hatte Herr von Caprioli die Flotte gelobt und als ausreichend bezeichnet, und wenige Monate später stellte man es so dar, als wenn die Flotte nur noch alles Eisen sei. Damals hat man uns andere Ausstellungen über die Pläne und nächsten Ziele der nächsten Jahre gegeben. Wo sind jetzt diese Ueberstiegen? Wir sind verwiesen auf einzelne mündliche Erklärungen; eine klare Voraussicht in die Zukunft ist nicht möglich. Verlangt man die Kreuzer der Denkschrift von 1889 oder nur Kreuzer für handelspolitische Zwecke? Die alarmirenden Gerüchte sind daraus entstanden, daß die Marineverwaltung verschiedene zurückgestellte Forderungen bekannt gegeben hat. Von dem Umfange der Bauten hängt auch das Ordinarium des Marine-Etats ab; denn wenn die Schiffe gebaut sind, müssen sie auch bemannt werden.

Die fortschreitende Technik des Schiffbaues muß davon warnen, gleich drei Schiffe von gleicher Art zu bauen. Man hat von drohenden Arbeiterentlassungen gesprochen, aber im laufenden Jahre standen der Marineverwaltung für Bauten 29 Millionen Mark zur Verfügung und im nächsten Jahre wird auch nach Ablehnung der Kreuzer dieselbe Summe zur Verfügung stehen. Erst wurden die Panzerfahrzeuge gefordert zur Verteidigung der Küsten und des Nordostseeanals; dann wurde die Torpedoflotte gebaut und das Prunkschiff „Hohenzollern“. Jetzt kommt man mit den Kreuzern. Die deutsche Flotte ist aus der demokratischen Bewegung des Jahres 1848 hervorgegangen. Beschämung ergriff die Nation, als die konservative Reaktion die Flotte unter den Hammer brachte; die konservative Partei verachtete damals aus Eiferucht für die Landarmee die Flotte. Als 1881 die Söhne des Reichskanzlers Fürsten Bismarck zum Volke herabstiegen, machten sie mit den Worten, daß ich mich zu nachgiebig erwiesen hätte gegen Herrn v. Stosch bei Bewilligungen für die Marine. Heute erfreut sich die Marine eines besonderen Patronats, welches sie veranlaßt, über das Maß dessen hinaus-

ausgehen, was sie für die deutsche Verteidigung bedeutet. Wenn der Reichstag in einer solchen Situation nicht hemmend und zurückhaltend eingreifen wollte, so wählte ich nicht, wozu er überhaupt vorhanden wäre. England und Frankreich haben zahllose Geschützschiffe, aber Oesterreich und Italien unterhalten nicht so viel Kriegsschiffe wie Deutschland. Nicht einmal Russland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben so viele Schiffe für diesen Zweck. Man nährt den Chauvinismus durch offizielle Broschüren, die unentgeltlich den Zeitungen beigelegt werden. Der Reichstag hat also alle Ursache, sich vor dem Engagement von 4 1/2 Millionen zu verwahren. Die Einzelstaaten verlangen, daß man ihnen keine Matricularbeiträge mehr abnimmt. Es ist noch die Frage, ob das möglich sein wird, ohne neue Steuern. Wenn man einmal von Arbeiterentlassungen sprechen will, dann ziehe man doch die in Folge der Tabaksteuer notwendig werdenden Entlassungen auch in Betracht. (Sehr richtig! links.)

Wir können nicht für die Positionen stimmen. (Bestimmung links.)

Abg. Müller-Gulda (Z.) hat früher gegen den Kreuzer L gestimmt, wird aber jetzt dafür stimmen (Heiterkeit links), da er sich von der Nothwendigkeit überzeugt habe, für den politischen Dienst neue Schiffe zu schaffen, da ferner für die Werften fortwährende Beschäftigung geschaffen werden muß. Aber man muß die finanziellen Verhältnisse in Betracht ziehen und deshalb die Ausgaben nicht auf die Matricularbeiträge, sondern auf die Anleihen übernehmen, für eine größere Anzahl seiner politischen Freunde sei davon die Annahme der Petition abhängig; damit solle nicht die Regel aufgehoben werden, daß 5 pCt. der Ausgaben für die Marine-Ersparnisse auf die ordentlichen Einnahmen des Reiches übernommen werden.

Staatssekretär Graf Wladimirsky: Selbstverständlich ist es vom Standpunkte der Finanzverwaltung wünschenswert, zu verhindern, daß diese Regel durchbrochen wird, wenn aber aus den angegebenen Gründen davon abgesehen werden soll, so würden die verbündeten Regierungen sich mit dem Antrag Müller einverstanden erklären, unter der Voraussetzung, daß das Prinzip nicht alteriert wird.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Auch wir haben keine Bedenken, dem Antrag Müller zuzustimmen. Ich kann nur bitten, alle Kreuzer mit möglichst großer Majorität bewilligen zu wollen.

Abg. Richter (freis. Bg.) wendet sich zunächst gegen die volkswirtschaftlichen Bemerkungen des Grafen Wittach. In der Sache selbst muß ich dagegen Verwahrung einlegen, daß man die vorliegende Frage mit der Tabaksteuer in Verbindung bringt. Wenn nicht die sämtlichen Schiffsbauten, erste und zweite Raten, oder der größte Theil derselben abgesetzt wird, so ist die finanzielle Bedeutung dieses Beschlusses in Bezug auf die Tabaksteuer belanglos. Man kann doch unmöglich alle, welche hier ein paar Millionen mehr bewilligen, als Freunde der Tabaksteuer hinstellen. Herr Richter will den auswärtigen Handel schützen, nur über das Maß bestehen Meinungsverschiedenheiten. Ich hätte nun gewünscht, daß die Diskussion sich auf die Erörterung dieses Maßes beschränkt hätte; statt dessen thut man so, als ob derjenige, der ein paar Millionen mehr bewilligt für ein Jahr, die ganze Finanzgebarung des Reichs in Verwirrung bringt. (Zuruf des Abg. Richter.) Ich denke, Herr Richter, Sie wollen doch auch zwei Kreuzer bewilligen, oder etwa nicht? (Heiterkeit.) Ich will darüber Klarheit haben und abwarten, wie Herr Richter abstimmt. Erst seit dem Moment, wo unaufhörlich diese unersetzten Pläne auftauchen, ist das Ministerium gegen die Absichten der Marine-Verwaltung gewachsen. 90/91 hat die Regierung nicht weniger als 22 Schiffsbauten verlangt, 91/92: 19 Schiffsbauten. Das Tempo können wir nicht beibehalten. Eins steht fest, daß die Schiffe, die für den auswärtigen Dienst disponibel sind, an Zahl und Lichtheit nicht mehr vollständig ausreichen, und was die Budgetkommission uns zu bewilligen zumüthet, hält sich innerhalb des Rahmens, innerhalb dessen sich die Marine auch unter dem Ministerium Stosch bewegte. Kreuzer für den auswärtigen Dienst sind unbedingt nothwendig. Ich werde im Gegensatz zu einem Theile meiner Freunde für alle Positionen stimmen. Ich lehne aber alle Konsequenzen ab, die aus der heutigen Bewilligung gezogen werden können für spätere Fortдерungen.

Abg. Danmayer (natl.): Meine Freunde werden bis zum letzten Mann für die Forderung der Marineverwaltung stimmen. Wir halten die Lösung vitaler Aufgaben des Reiches höher als die schwierigere Finanzlage. Wenn wir für die Forderung stimmen, so erwarten wir aber, daß damit nachher nicht die Nothwendigkeit neuer Steuerprojekte begründet wird.

Abg. Graf v. Bernstorff-Neuhagen (Welfe): Nach den Erklärungen der Regierung, welche die unangemessenen Pläne zurückweist, vor denen allgemeine Besorgnis herrschte, können wir die Vorlage mehr als eine wirtschaftliche, nicht als eine militärische betrachten. Gerade jetzt, wo neue Gebiete im Osten für den ausländischen Unternehmungen öffnen, darf den deutschen Unternehmern der Schutz nicht fehlen, der anderen Völkern zur Seite steht. Deshalb glauben wir, für die Kreuzer stimmen zu können.

Darauf wird die Debatte geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Richter: Obwohl Herr Richter nicht einmal seine Partei hinter sich hat, glaubt er doch gegen mich polemisieren zu dürfen. Er meinte, ich hätte nicht gesagt, was ich thun würde, er würde aufpassen, wie ich stimmen würde. Wenn er aufgeschaut hätte, würde er vernommen haben, daß ich gesagt habe: Wir stimmen gegen den Panzer „Leipzig“, wird er bewilligt, so lehnen wir andere Bewilligungen ab, wird er abgelehnt, so stimmen wir für 1 oder 2 der kleineren Kreuzer.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Werner (deutschsoz. Reformpartei), daß er wegen Schluß der Debatte nicht zum Wort kommen sei, daß aber seine Partei gegen den Ersatz „Leipzig“ stimmen werde.

In namentlicher Abstimmung wird darauf die Forderung für Ersatz „Leipzig“ mit 145 gegen 77 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmen geschlossen die Sozialdemokraten, die Freisinnige und die Süddeutsche Volkspartei, die Polen, die Antisemiten und die Freisinnige Vereinigung mit Ausnahme der Abgg. Richter und Schröder; das Centrum, soweit es anwesend ist, die Reichspartei, die Nationalliberalen und die Welfen stimmen mit Ja, von den Konservativen enthalten sich die Abgg. v. Dalmiz, v. Werder, Humberg, v. Langen, v. Kalzhan-Molchow, Rensch, v. Nitz, Sachse und v. Werder für diese Lesung der Abstimmung.

Die übrigen drei Titel werden mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Zum Bau eines Torpedodivisionsbootes wird eine erste Rate von 500 000 M. gefordert.

Abg. Müller-Gulda (Z.) bittet um die Ablehnung dieser Forderung. Ebenso Abg. Richter, da unsere Torpedostotte schon auf der Höhe der Zeit stehe und schon 100 Torpedoboote gebaut seien. Wenn eine Verlangsamung hier eintritt, so wird dadurch eine Schädigung der Marine nicht eintreten.

Staatssekretär Holmann bittet um die Bewilligung des Torpedodivisionsbootes, weil dasselbe zu einer im Bau begriffenen Division gehöre und zwar als führendes Boot. Deutschland marschiere nicht an der Spitze, sondern Frankreich, England und Rußland stehe voran.

Abg. Richter hält angesichts der anderweitigen Bewilligungen diese Ersparnis für zweckmäßig.

Die Position wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Reichspartei abgelehnt.

Um 5 1/2 Uhr wird die weitere Berathung auf Sonnabend 1 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Die Reichstagskommission zur Berathung der Anstufungsvorlage verhandelte am Freitag weiter über den § 130 der Regierungsvorlage (Angriffe gegen Religion, Monarchie, Ehe, Familie und Eigenthum) und die dazu gestellten bekannten Anträge Hintelen und Graf Noon (Angriffe gegen das Dasein Gottes und die Unsterblichkeit der Menschenseele bezw. gegen das Christenthum und die Heiligkeit des Eides.)

Die Abg. Bebel und Spahn ersuchen die Regierung um Vorlegung ihres Materials zu § 130.

Geb. Rath Seidenspinner bemerkt, der § 130 entspreche einem längst gefühlten Bedürfnis; es sei allgemein bekannt, wie gefährlich die Presse oft der Monarchie, die Religion, das Eigenthum angreife. Material sei wohl überflüssig, doch wolle er einiges anführen, um die Nothwendigkeit des verschärfenden Zusatzes der Vorlage zu beweisen. Redner zitiert hauptsächlich aus anarchistischen Zeitungen und Flugblättern, wie der „Freiheit“, „Autonomie“ u. Aenderungen, welche dahin gehen, daß das Pfaffenhum mit seinen Lehren die Welt nur verdumme, daß der „Gottesschwandel“ den herrschenden Klassen nur dazu diene, das Volk in Unwissenheit zu erhalten um es besser ausbeuten zu können u. s. w. u. s. w.

Abg. Bebel legt dann seine in der vorigen Sitzung abgebrochene Rede fort: Es habe ihn überrascht, daß der Vertreter der Regierung auch hier wieder die Nothwendigkeit der Verschärfung mit Zitaten aus Zeitungen begründet habe, die im Auslande erscheinen, deren Verfasser völlig unbekannt seien und die in Deutschland auch kaum gelesen werden. Gegen derartige „Beweisführung“ müsse er protestiren. Wenn sich darum handeln soll, beschimpfende Aeußerungen gegen Religion, Monarchie, Ehe u. vorzubringen, so biete unsere eigene Literatur solche in reichstem Maße. Jahrzehnte lang sei diese Literatur, die zum größten Theil durch hochgeachtete Namen vertreten sei, in ganz Deutschland unbeanstandet geblieben. Es fanden sich unter den Autoren dieser Kategorie sogar Mitglieder des höchsten Adels. Die ausländische Literatur würde durch die geplante Gesetzgebung nicht verhindert werden, auch fernherhin sich in der gleichen beschimpfenden Weise mit Religion, Monarchie, Ehe u. zu beschäftigen wie seither. Uebrigens sei anzunehmen, daß strenggläubige Kreise, die entschieden für die Erhaltung der Religion eintreten, geradezu Interesse daran haben, daß gelegentlich beschimpfende Aeußerungen gegen die Religion gemacht werden, denn sie wissen sehr wohl, daß mit einer rohen und gemeinen Ausdrucksweise gegen die Religion genau die gegen-theilige Wirkung erzielt wird. Man glaube ja nicht, daß die Sozialdemokraten an solch rohen und gemeinen Beschimpfungen Gefallen finden. Einem Sozialdemokraten liege es fern, die Religion als Schwundel oder Erfindung zu bezeichnen, dieser beurtheile dieselbe lediglich objektiv als ein der Veränderung unterworfenen Produkt der historischen Entwicklung. Uebrigens wirkten die gegen die Religion von bürgerlichen Schriftstellern erhobenen Angriffe ohne Zweifel viel schlimmer als die sozialdemokratischen. Es könne doch nicht in Abrede gestellt werden, daß die Mehrzahl der Gebildeten Atheisten oder wenigstens Vatheisten seien. Redner liest aus Werken Stolberg's, Hoffmann's von Fallersleben, Jordan's, Glatzbrunn's, von Platen's, Saller's Stellen vor, die scharfe Ausfälle gegen die Monarchie, Ehe, Patriotismus, Gottesglauben enthalten. Konservative Blätter hätten in letzter Zeit oft genug Drohungen gegen die Monarchie entbalten, so erst kürzlich die „Deutsche Tageszeitung“. Es sei doch klar, daß solche Drohungen, der Hinweis auf das Schwanden der monarchischen Esernung, viel zerstörender wirken müsse, als eine gemeine Beschimpfung. Redner erörtert des näheren noch einmal die Stellung der Sozialdemokratie zur Eigenthumsfrage; beschimpfende Aeußerungen gegen das Eigenthum an sich seien doch unbedenklich, weil sie unwirksam seien. Aber die wissenschaftliche sachliche Kritik der Form des Eigenthums und seine historische Entwicklung sei es, die schließlich die Ueberzeugung verallgemeinern, daß die bestehenden Eigenthumsformen nicht die Möglichkeit dauernder Existenz haben. Bebel wendet sich dann gegen den Antrag Noon. Vermünftigerweise könne von „christlichem Staat“ und „christlicher Kultur“ nicht die Rede sein. Ebenso treibe man mit der Phrase von der Heiligkeit des Eides ein sehr bedenkliches Spiel. Der Eid sei nur Formsache. Es sei gebeten, aus sittlichen Gründen den Eid abzuschaffen. Ein unwahres Zeugniß vor Gericht könne nach Maßgabe des angestrichelten Schadens bestraft werden.

Geb. Rath von Sedendorff: Der Regierung komme es hauptsächlich darauf an, den Gesamtbegriff des Eigenthums zu schützen. Alles in allem fasse sie den Schutz von Einrichtungen ins Auge, die dem größten Theile der Bevölkerung noch heilig seien. Der Staat sei sich das selbst schuldig, schon in Rücksicht auf den Glauben an seine Macht.

Abg. Frhr. v. Hammerstein (ol.) meint, daß Bebel's Material geeignet sei, die Nothwendigkeit des neuen § 130 erst recht zu beweisen. Wenn lange Zeit die Veröffentlichung beschimpfender Aeußerungen straflos gewesen sei, so folgere daraus doch nicht, daß alles das auch in Zukunft straflos bleiben müsse. In der von Bebel zitierten Stelle der „Deutschen Tageszeitung“ sei keine Drohung gegen die Monarchie, sondern ein Warnruf für die Monarchie enthalten. (Heiterkeit links.) Geb. Rath v. Sedendorff erklärte, die Regierung wolle die Religion im allgemeinen schützen, aber unsere Gesetzgebung könne doch unmöglich auch für die mohamedanische Religion eintreten, welche die Vielweiberei gestatte. Der Eid müsse ebenso wie das Eigenthum vor beschimpfenden Angriffen bewahrt werden.

Staatssekretär Nieberding hält es nicht für richtig, an stelle von „Religion“ das Wort „Christenthum“ zu setzen. Man müsse unter Religion und Ehe das verstehen, was in unsern staatlichen Einrichtungen Geltung habe. Gegen den Schutz des Eides habe die Regierung nichts einzuwenden.

Abg. Enneccerus (natl.) unter Religion könne man lediglich Gottesglauben verstehen. Das „Christenthum“ sei schon jetzt durch § 180 des Str.-G.-B. geschützt. Es sei keine Gotteslästerung, wenn man sage, die Religion sei nur für die Dummen. Das sei lediglich eine Art Gotteslästerung, die man aber jetzt auch treffen wolle. Professor Hänel habe schon 1878 schärfere Strafbestimmungen vorgeschlagen, viel schärfer, als sie jetzt gefordert werden. Redner hält den § 130 für nothwendig. Wenn die Sozialdemokratie auch sage, Religion sei Privatsache, so wisse man doch, daß ein rechter Sozialdemokrat auch ein echter Atheist sei. Wissenschaftliche Auseinandersetzungen über Religion, Monarchie, Ehe seien nicht gefährlich, weil man ihnen beikommen könne. Der Ausdruck „beschimpfend“ gefalle ihm aber nicht sehr in der Fassung der Regierungsvorlage; es sei fraglich, ob der Richter stets das Richtige treffen werde. Die Worte „Eigenthum, Monarchie“ seien zu ergänzen durch das Wort „Institute“. In weiten Kreisen vernünftig denkender Leute, auch in juristischen weite man der Ansicht zu. Für „Religion“ müsse gesagt werden „Gottesglauben“. Nur so würde dem Grundgedanken der Vorlage Rechnung getragen werden. Die Worte „Ehe und Familie“ müßten aus § 130 heraus und in einem besonderen Paragraphen geschützt werden, in diesen Paragraph könne man dann auch den Eid aufnehmen.

Abg. Dr. Barth (freis. Bg.): Herr Enneccerus habe sich auf Herrn Hänel berufen. Das Krebsei mit den Reden, die dieser 1878 gehalten, habe hier gar keinen Zweck. Hänel habe an ihn (Redner) eine Zuschrift gesandt, in welcher dieser erklärt, daß für ihn die gegenwärtige Vorlage durchaus unannehmbar wäre und er keinem einzigen Paragraphen zustimmen könne. Deshalb ziehe man nicht die mit dem Sozialistengesetz gemachten Erfahrungen zu Rathe? Ebensovienig wie jenes Gesetz der Sozialdemokratie geschadet habe, werde das jetzt geplante Gesetz ihr schaden. Das vom Geheimrath v. Sedendorff bei-

gebrachte Material sei durchaus beweislos. Art und Verkommen dieses Materials zeuge von seiner Schwäche. Das ganze Vorhaben der Regierung laufe doch nur darauf hinaus, die herrschenden Anschauungen zu schütten. Ohne Zweifel sei der Antrag Hintelen die letzte logische Konsequenz des Gedankens auf dem die ganze Vorlage beruhe. Diese Konsequenz richte sich gegen die Freiheit der Kritik überhaupt, insbesondere gegen die wissenschaftliche Kritik. Deshalb könne er nicht das geringste Zugeständniß machen.

Abg. Bebel: Die Ausführungen Sedendorff's legten den Gedanken nahe, daß der freieste Staat der schwächste sei. Es muß doch beachtet werden, daß die Zeitungen, aus denen Herr v. Sedendorff zitiert habe, die „Freiheit“, die „Autonomie“ in außerdeutschen Staaten erscheinen, in England und Amerika, wo doch gewiß der religiöse Sinn die meisten Volkstheile noch beherrsche. Aber es falle in England keinem Menschen ein, wegen der unflätigen Kritiken der „Freiheit“ u. s. w. eine Verschärfung des Strafgesetzes zu verlangen. Wie komme man nun unter Hinweis auf diese ausländischen Aeußerungen zu einer solchen Forderung. Dem Abg. Enneccerus bemerke er, daß dessen so sehr reaktionäre Stellungnahme in auffallendstem Widerspruch stehe zur Literatur des Liberalismus; so erkläre u. a. ein liberaler Kirchenrechts-Lehrer, Professor Hirsch, in einem von Herrn von Marquardten herausgegebenen Handbuch des öffentlichen Rechts (1. Bd. Seite 240 ff.), „der Staat sei seiner Natur nach konfessionslos, auf ihn könnten die Privilegien christlich oder nichtchristlich keine Anwendung finden. Die Idee des christlichen Staates sei eine völlig undefinirbar.“ Wenn Herr von Hammerstein den Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ als einen ungeschickten bezeichnet habe, für den die konservative Partei nicht verantwortlich gemacht werden könne, so frage er, mit welchem Recht man dann die deutsche Sozialdemokratie verantwortlich machen wolle für die unflätigen und albernen Aeußerungen anarchistischer Organe, die im Auslande erscheinen. Hierauf wird die Weiterberathung vertagt.

Nächste Sitzung Mittwoch, 6. März.

Gesetz über Verfassungsbürgermeister in Elsaß-Lothringen. Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über die Ernennung und die Befolgung der Bürgermeister und Vergeordneten vom 4. Juli 1887, zugegangen.

Lokales.

Die „Verschönerung“ der Straße „Unter den Linden“, die auch „freisinnig“ sein wollende Blätter mit Vorliebe in ernsthaft gemeintem Byzantinismus als eine „via triumphalis“ bezeichnen, hat am Donnerstag wieder einmal die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt. Der Magistrat hatte der Versammlung einen „Verschönerungs“-Plan vorgelegt, der mit seiner Beibehaltung des Reitweges deutlich verrieth, daß sein Urheber stark nach dem Schloß und nach dem königlichen Pferdehof in der Breitenstraße geschielte hatte. Der Plan wurde erfreulicherweise einstimmig abgelehnt. Interessant war die Wirkung, die das Resultat der Abstimmung im Saale hervorrief. Als der Vorsteher sagte: „Wer für die Vorlage des Magistrats ist, den bitte ich, die Hand zu erheben,“ da entstand Schweigen im Saale — und keine Hand erhob sich. Aber mit unsicherem Blick sah sich einer nach dem anderen um, und als die wackeren Männer, die vor Jahresfrist die Pferdehof-Fassade nach dem Schloßplatz heraus bewilligt hatten, nun sahen, daß wirklich und wahrhaftig kein einziger unter ihnen für die — mit Erlaubniß zu sagen — Dreipfüße unter den „Linden“, so man „Reitweg“ nennt, eintreten mochte, da löste sich die bellkommene Stimmung in ein freies und gelächtes. Sie hatten es sich wohl selber nicht recht zugetraut, aber hinterher mag mancher, den „Muth“ der Versammlung und seinen eigenen bewundernd, gedacht haben: O, diesmal haben wir wenigstens gezeigt, daß wir doch Quadratkerte sind, die den „Männerstolz“ vor „Königsthronen“ noch nicht ganz verlernt haben. Herr Zelle aber, der kurz vor Beginn der Verhandlung über den hochwichtigen Gegenstand eingetreten war, blickte übertraf auf und sah mit einem Gesicht, das auch der dreifüßige Schmiedler nicht geistreich zu nennen gewagt hätte, eine Zeit lang da, „als dacht' er vergangener Zeiten“. Aber nur Geduld, sie kommt wieder, die schöne Zeit, wo man in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung mit vollen Händen das Geld der Steuerzahler bewilligte, um die Umgebung des Schlosses zu „verschönern“. Daß man hier noch nicht am Ende aller „Verschönerungs“-Pläne angelangt ist, das ist sicher; und daß, wenn Magistrats wiederum seine „Hülfe“ anbieten zu müssen glaubt, der „Männerstolz“ der Stadtverordneten-Versammlung hier, in unmittelbarer Nähe des „Thrones“, wider seinen kleinen Unfall erleidet, das ist leider auch ziemlich wahrscheinlich.

Der „Verein für Kinder-Volkstüchen“ theilt durch seinen Vorstand den Zeitungen mit, daß von den 206 Gemeindeschulen Berlins 153 namentlich in den äußeren Stadttheilen liegende den Verein in Anspruch genommen haben. Circa 10 000 Kinder von Wittwen, Eheverlassenen und namentlich von durch Arbeitslosigkeit in Noth gerathenen Ernährern seien seit dem 1. Oktober 1894 durch die 153 Rektoren den 9 Rächen überwiesen worden. Gegen fünfviertel Millionen Portionen seien umsonst vertheilt worden. Der Verein schätze nicht nur die Kinder vieler Armer vor Hunger, sondern entlaste auch die Armenverwaltung. In einer Schule im Norden Berlins seien dem Rektor sonst bettelnde Kinder von der Behörde zugeführt worden, was jetzt ganz aufgehört habe. — Diese Mittheilung ist augenscheinlich veranlaßt durch die (in unserer Donnerstags-Nummer besprochene) Erklärung des Berliner Rektorenvereins gegen die „Kinder-Volkstüchen“. Ob die „Kinder-Volkstüchen“ wirklich im Stande sein werden, für die Kinder der Armen jede Nothigung zum Betteln zu beseitigen, das kann nach so kurzem Bestehen wohl kaum beurtheilt werden. Dasselbe gilt von der Hoffnung auf Entlastung der Armenverwaltung. Dieses Kunststück haben nicht einmal Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung fertig gebracht, die doch schon etwas länger bestehen, und von denen man ähnliches hoffte. Gegenüber der fortschreitenden Verelendung der Massen können solche Mittelchen eben nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein wirken. Die Gegenklärung des „Vereins für Kinder-Volkstüchen“ enthält schließlich noch einige schungvolle Sätze über die ideale Gesinnung, von denen man erfüllt sei. Diese Bemerkungen hätten gepart werden können, selbst wenn sie zuträfen. Sie erhöhen nur den peinlichen Eindruck einer bei solchem Anlaß doppelt verwerflichen Reklamation, den die meisten Veröffentlichungen dieses Vereins machen. Oder soll die bestehende Klasse durch solchen Schwung und Verfassenschwall aus ihrer wachsenden Gleichgültigkeit aufgerüttelt werden? Dann thäte die Vereinsleitung aber doch besser, wenigstens zu verschweigen, daß in 3 Monaten fünfviertel Millionen Mittagspartionen an hungernde Kinder umsonst vertheilt werden müßten. Sie kommt sonst in Gefahr, die Sympathien der Bourgeoisie, die sie sich durch ihre Deklamationen von Idealismus, Humanität und edelster Menschenliebe erwerben will, durch eine allzu starke Betonung der in Berlin herrschenden Noth wieder zu verlieren.

Daß Wohlthun Segen bringt, suchten wir gestern an einem konkreten Fall, der den Tuchhändler Herrn Abraham in der Alten Jakobstraße betraf, darzulegen. Herr Abraham selber theilt uns zu unserer Notiz berichtend mit, daß die Speisung der betreffenden Arbeitslosen nicht in den Kinder-Volkstüchen, sondern in der israelitischen Volkstüchen statifinde. In den Kinder-Volkstüchen würden Erwachsene überhaupt nicht gespeist. Dann bemerkt Herr Abraham noch, daß das Stammpersonal seines Geschäftes nicht auf die Speisung in den Volkstüchen angewiesen sei, sondern —

das es sich bei ihm nur um Leute handelt, die als Hilfskräfte zeitweilig eingestellt würden.

Legteres haben wir bekanntlich durchaus nicht bezweifelt. Es will uns aber bedünken, daß ein Wohlthäter immerhin gut handelte, wenn er auch seine zur Ausbilde angenommene Arbeitskräfte derart honorirte, daß sie nicht nöthig haben, die genannten Anstalten in Anspruch zu nehmen. Unserer unmaßgeblichen Meinung nach kann man, wie so manche Dinge, auch die Wohlthätigkeit zuweilen allzu umfassend betreiben. Dies geschieht, wenn man seinen eigenen Arbeitern, statt ihnen einen ausreichenden Lohn zu geben, Hungerlöhne von dreißig oder auch sechzig Mark für einen Monat zahlt, und ihnen dann in der Erkenntniß, daß sie sich von einem solchen Gehalt nicht satt essen können, Speisearten für die Volkstische verschafft. Es zeugt für das hohe Gehegegefühl, das sich die Arbeitslosen des Kaufmannsstandes trotz Hunger und Elend erhalten haben, wenn sie Wohlthaten namentlich dieser Art nur mit sehr gemischten Gefühlen entgegennehmen.

In den **Vertrathsannoncen**, die sich auch in der **Vossischen Zeitung** massenhaft finden, und auf die Genosse **Webel** in der **Umsturzkommission** hinweist, bemerkt das Blatt, daß diese Annoncen streng geprüft und viele davon zurückgewiesen würden. Diese Antwort beweist, daß die „Voss. Ztg.“ für den Kern der Frage entweder wirklich kein Verständnis hat oder keines haben will. Daraus kommt es wahrlich nicht an, daß die Form der Anzeigen den Vorschriften des „guten Tones“ oder, wenn nicht diesen, so doch wenigstens den Vorschriften der über „Zucht und Sitte“ wachenden Polizei entspricht. Die Gemeinheit und Habsucht, die darin liegt, sich für Geld an eine ungeliebte Frau oder für einen Titel an einen ungeliebten Mann zu verkaufen, bleibt dieselbe, auch wenn sie sich hinter einer äußerlich „anständigen“ Ausdrucksweise verbirgt. Wenn übrigens wirklich nirgends strenger geprüft wird, als von der „Vossischen Zeitung“, so wird man in Zukunft aufhören müssen, zunächst nur bei den Lesern des Blattes, auf die jene Annoncen berechnet sind, vorauszufragen, daß sie diese rohe und schamlos gemeine Anschauung von der Ehe billigen. Es giebt nämlich einen Standpunkt, von dem aus die Aufnahme von Vertrathsannoncen zwar nicht entsetzlich, aber wenigstens begreiflich erscheint, das ist der geschäftliche, den ja leider keine Zeitung ganz außer acht lassen darf. Aber bei der „Vossischen Zeitung“ wird, unbekümmert um das Geschäftsinteresse, geprüft, sogar strenger als irgendwo geprüft, und was die Prüfung nicht anerkennen kann, wird zurückgewiesen. Also ist der Schluss berechtigt, daß die nicht zurückgewiesenen Vertrathsannoncen dem Prüfer nicht als sitzhaft genug erscheinen. Da müssen wir denn doch fragen: Sind Anzeigen, in denen zwei lebenslustige junge Herren die Bekanntschaft von zwei ebenso lebenslustigen jungen Damen suchen, überhaupt noch „Vertrathsannoncen“ zu nennen? Den Zusatz „behufs Vertrath“ soll man doch wohl nicht erst nehmen? Oder kann man noch von einer „Ehe“ sprechen, wenn Mädchen von 17 oder 18 Jahren einen alten, aber reichen Herrn suchen? Solche Anzeigen kann man aber sehr viele in der „Vossischen Zeitung“ finden. Ja, es wird nicht einmal immer der äußere „Anstand“ gewahrt. Was soll man dazu sagen, wenn in diesem Blatt Annoncen wie die folgenden stehen: Schwiegereltern (!) mit gutem, zur Uebernahme bestimmten Geschäft sucht gewiegter, 25jähriger evangelischer Kaufmann.“ Vertrath. Gräfin zu werden ist reicher Dame Gelegenheit geboten.“ Kaufmann, 32 Jahre, sucht Dame mit 10 000 M. zu ehelichen, um Wittinhaber loszuwerden.

Jirkus Schumann, der eiserne Jirkus am Friedrichs-Ufer wird in ein — Volkstheater umgewandelt werden. Uns wird darüber geschrieben: Der Umbau des Jirkus Schumann zu einem Theater wird bereits in diesem Monat in Angriff genommen werden. Die Kosten des Umbaus werden auf 75 000 M. veranschlagt. Herr Paul Kirstein, der Direktor des neuen Unternehmens, gedenkt das Theater am 1. September mit einem Volksstück zu eröffnen. Diesem Genre und der Berliner Pöffe soll das neue Heim dienen.

Die **deutsche Gesellschaft für ethische Kultur** hat bekanntlich Neue Schönhauserstr. 13 eine Feschele eröffnet. Da die aus privaten Sammlungen bisher zur Verfügung gestandenen Mittel nicht ausreichen, hat die Gesellschaft die städtischen Behörden gebeten, für das Etatsjahr 1895/96 eine einmalige Beisteuer von 6000 M. zu bewilligen.

Die **Redaktion des „Berliner Adressbuch“** schreibt uns, daß sie Meldungen für den diesjährigen „Nachtrag“ nur bis zum 15. März noch berücksichtigen kann. Im Interesse unserer Leser machen wir auf diesen Schlusstermin aufmerksam und verweisen im übrigen auf das Inserat unserer heutigen Nummer.

Zu der **Angelegenheit des Buchdruckers Grube** erhalten wir aus Verbandskreisen folgende Zuschrift:

Herr Herrmann, Hauptverwalter des Gutenberg-Bundes, veröffentlicht in Nr. 51 des „Vorwärts“ eine Verächtigung, die theils als Wortläuberei, theils als große Unrichtigkeit bezeichnet werden muß. Es ist richtig, daß Paul Grube nicht Vorsitzender des Gutenberg-Bundes war, wohl aber Vorsitzender des Berliner Buchdrucker-Vereins, des einzigen in Betracht kommenden Gliedes des Gutenberg-Bundes; auch hat Grube nicht Gelder des Gutenberg-Bundes unterschlagen, wohl aber Gelder des Berliner Buchdrucker-Vereins. — Wenn Herr Herrmann behauptet, der Gutenberg-Bund habe keine Kräfte nach Kirchhain geschickt, so erinnern wir ihn daran, daß er selbst den russischen Seyer als bestimmen wollte, nach Kirchhain zu gehen. — Was das gemeinsame Vorgehen des Gutenberg-Bundes mit dem Verbands in Tariffragen betrifft, so ist zu bemerken, daß in Kirchhain die Gehilfen von der Geschäftsleitung veranlaßt wurden, dem Gutenberg-Bund beizutreten, weshalb die Ausständigen ausdrücklich den Fortfall des Zwanges der Zugehörigkeit zu genannter Organisation forderten. Wie beliebt übrigens der Gutenberg-Bund bei solchen Geschäften ist, die den Tarif verpönnen, geht wohl am besten daraus hervor, daß der Kirchhainer Erfolg durch den dortigen Geschäftsleiter Bändel, als Vertrauensmann des Gutenberg-Bundes, bereits dieser Vereinigung zugeführt ist. Aus vorstehendem ist der Werth der Herrmannschen Verächtigung zu erkennen.

Die **Spekulation auf die Titelsucht** unserer Bourgeoisie scheint immer noch ihren Mann zu nähren. Wie die „Allgem. Fleisch-Zeitung“ bekannt giebt, wohnt hier elegant im Westen, Klopstockstraße 25, ein Herr G. Bloch, der solchen Firmen, die in jeder Hinsicht empfohlen werden können, das Prädikat „Hoflieferant der Prinzen von Bourbon“ für die bescheidene Gebühr von 500 M. verschafft. Billiger thut's wahrlich keiner!

Heber das **Vermögen der Urania**, Uhr- und Säulen-Kommanditgesellschaft, Breslauer und Dr. v. Orth, an der Stadtbahn 45/46, ist der Konkurs eröffnet worden. Verwalter ist der Kaufmann Schieferbeder. Diese Urania-Gesellschaft hat keinerlei Zusammenhang mit dem gleichnamigen wissenschaftlichen Institut in der Invalidenstrasse.

Wie geht es den **entlassenen Nachtwächtern**? In großer Verleumdung steht die Lage der insolge einer anderen Dienst-eintheilung entlassenen Nachtwächter Berlins und Charlotten-

burgs. Zwei der stellerslos gewordenen Wächter Charlottenburgs fanden in ihrer früheren Eigenschaft in Groß-Lichterfelde Anstellung. Sie saßen eben zu und nahmen, was sich ihnen bot. Beide sind pflichttreue Beamte, und namentlich der Wächter L. hat auch auf seinem neuen Posten gezeigt, daß er sich zum Sicherheitsbeamten durchaus eignet. Es ist ihm für besonders aufmerksames Verhalten im Dienst sogar eine Belohnung zu theil geworden. Trotzdem ist der Mann nicht im Stande, seine neue Stellung beizubehalten, weil er von dem Einkommen seine Familie nicht ernähren kann. Er bezieht nämlich als Wächter in Groß-Lichterfelde ein Gehalt von 45 M. monatlich, das dem früheren insofern nicht vergleichbar ist, als die Schlüssel- und Schlüsselgelder wegfallen, die in Charlottenburg von den Hauseigentümern und Mietnern gezahlt wurden. Ein Nebenverdienst ist aber schwer zu erzielen, zumal da ein großer Theil des Tages der nothwendigen Ruhe gewidmet werden muß. Die Summe von 45 M. reicht eben in Lichterfelde, wo die Lebensbedürfnisse theurer sind, als in Berlin und Charlottenburg, bei den geringsten Ansprüchen nicht aus. L. hat daher seinen Entschluß, die Stellung der Gemeindebehörde zum ersten April aus Noth zu kündigen, bereits bekannt gegeben.

Mit welchem Eifer müssen solche Beamte den Staat und die Gesellschaft stützen, in der man sich derart liebevoll ihrer annimmt.

Aus den **Kreisen der Klageführenden Nachtwächter** wird uns geschrieben: Im Proceß der Wächter wird denselben bekanntlich die Beamtenregiment bestritten. Nun ist ein Wächter eingetreten, welcher Militär-Invalidentpension bezog; demselben ist während seiner Dienstzeit diese Pension entzogen worden. Bei der Entlassung hat derselbe (weil er als Arbeiter betrachtet) das Abgezogene nachbezahlt verlangt, worauf ihm folgendes vom Herrn Polizeipräsidenten v. Nächstofen persönlich unterzeichnete Schreiben zugegangen:

Der Polizeipräsident. Berlin, den 7./1. 95. Journal Nr. 1 S. 4570.

Cur Wohlgeborenen erwidere ich auf das Gesuch vom 18. Dezember 1894 ergebend, daß ich Ihrem Antrage auf nachträgliche Zahlung der Invalidentpension nicht zu entsprechen vermag. Infolge Ihrer Beschäftigung als Hilfsnachtwächter beim Polizeipräsidenten seit dem 10. Februar 1890 gegen ein monatliches Einkommen von 50 M. hatten Sie mit Rücksicht darauf, daß Sie in dieser Stellung die Eigenschaft eines Beamten im Sinne des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juli 1871 beizahnen, auf Grund des § 103 a dieses Gesetzes, Ihre Invalidentpension nur bis zum Ablauf des 6. Monats, welcher auf denjenigen folgt, in welcher Ihre Beschäftigung begonnen hat, zu beziehen.

Es dürfte Ihnen deshalb Ihre Invalidentpension nur bis Ende August 1890, wie auch gefahren, gezahlt werden.

Nach dem vorerwähnten Gesuch bezug der hierzu ergangenen Novelle vom 22. Mai 1893 Art. 11 § 103 haben Sie Ihrer militärischen Charge nach Anspruch auf ein Minimaleinkommen von jährlich 600 M., da dieser Betrag durch das von Ihnen bezogene Dienst Einkommen erreicht wird, stand Ihnen ein weiterer Anspruch auf Invalidentpension bis zum Tage Ihres Ausscheidens aus der Nachtwacht-Verwaltung nicht zu.

Der Polizeipräsident v. Nächstofen.

Nun sage einer, was Recht ist. Erhebt der Wächter weitere Gehaltsansprüche, so ist er nicht Beamter, will er Militärpension nachbezahlt haben, so ist er Beamter!

Ein **Selbstmordversuch im Eisenbahn-Koupee**. Auf unglückliche Liebe zurückzuführen ist wahrscheinlich der folgende Vorfall, der sich am Mittwoch Abend auf dem Bahnhof Charlottenburg zugetragen hat. Als dort gegen 9 Uhr ein Stadtbahnzug vom Zoologischen Garten herankam, fand man in einer Abtheilung 2. Klasse eine Dame, die aus einer Schußwunde in der linken Körperseite blutete und bewußtlos dalag. Da eine Schußwaffe nicht gefunden wurde, glaubte man behördlicherseits anfangs nicht an einen Selbstmordversuch. Die zur Bestimmung zurückgerufene Dame gab an, daß sie die Verletzung durch einen während der Fahrt in den Zug hineingeworfenen Schuß erhalten habe. Die Polizei schenkte aber dieser Darstellung keinen Glauben und als die Dame den Wunsch aussprach, es möchte ein Kaufmann S. in der Holzmarktstraße zu Berlin durch den Drabt von dem Vorkommniß benachrichtigt werden, drang man weiter in sie und erhielt nun die Auskunft, daß die Dame das 37 Jahre alte Fräulein Dora Ebbelin sei. Sie habe mit dem Kaufmann ein Liebesverhältnis gehabt und sich die Wunde in selbstmörderischer Absicht zwischen dem Bahnhof Zoologischer Garten und Charlottenburg selbst beigebracht. Als Grund hierfür gab sie die Lösung des Verhältnisses seitens des Bräutigams an. Die Waffe hat sie aus dem Fenster hinausgeworfen. Die lebensgefährlich Verwundete ist nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht worden.

Auf **unerklärliche Weise** ist seit dem letzten Montag, den 25. v. M., die 36 Jahre alte Schifferfrau Karoline Ehling geb. Stähler verschwunden. Ihr Ehemann, der mit seinem Fahrzeug hinter dem Lüchow in Charlottenburg liegt, ist der Meinung, daß seiner Frau irgend ein Unglück zugefallen ist.

Von der **blauen Waffe** haben in der Nacht zum Freitag in der Neuen Königstraße mehrere Nachtwächter Gebrauch gemacht. Durch zwei detartige Beamte waren gegen 1 Uhr zwei Fremdenpersonen festgenommen worden, welche einen jungen Mann ausgeplündert hatten. Bei dem Transport nach der Polizeiwache in der Liebigstraße verletzten mehrere Zuhälter die Dornen zu befreien, so daß die Nachtwächter blank ziehen mußten. Durch Nothsignale herbeigerufene Schutzleute gelang es schließlich drei der Gezeigten, sowie die bestigen Widerstand leistenden Frauen, allesamt gefesselt, nach dem Wachtlokal zu schaffen.

Das **Dienstmädchen** des Gärtners J. in der Grenisenstraße, die 16 Jahre alte Hedwig L., soll dadurch die Gesundheit eines Kindes in der Familie gefährdet haben, daß es Soda in die Milch goß. Das Mädchen giebt an, daß nur ein unglückliches Versehen seinerseits vorliegen könne, wogegen der Gärtner ohne Angabe gravirender Gründe behauptet, daß die Beimischung des Sodas zur Milch absichtlich verübt worden sei. Das Dienstmädchen ist in Haft genommen worden. Die Untersuchung wird hoffentlich ergeben, inwieweit der Gärtner mit seinen Behauptungen im Recht ist und ob nicht etwa eine auf unbegründetem Argwohn beruhende Beschuldigung vorliegt.

Polizeibericht. Am 28. v. M. führte gegen Mittag ein Kutscher in der Mitterstraße von einem Pferde, das er zur Schneedecke ritt, und brach ein Bein. — Nachmittags wurde auf einem Grundstück in der Spenerstraße die Leiche eines neugeborenen Kindes im Schnee aufgefunden. — Im Laufe des Tages fanden zwei unbedeutende Feuer statt.

Gerichts-Zeitung.

Der Redakteur **Jahn** hatte im Fachblatt der **Porzellanarbeiter**, der „Am eise“, die Namen einiger Streikbrecher veröffentlicht, was ihm ein Strafverfahren einbrachte.

Er sollte gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen haben. Durch diesen Paragraphen wird bekanntlich u. a. demjenigen eine Gefängnißstrafe bis zu 3 Monaten angedroht, der andere durch Verurtheilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an den im § 152 bezeichneten Verabredungen theilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert und zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten. Gemeint sind „Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit, oder zum Zwecke der Entlassung der Arbeiter.“ — Das Schöffengericht sprach Jahn's frei, der seiner Meinung nach nicht gegen die fragliche Bestimmung des § 153 gefehlt hatte, während ihn die Strafkammer zu einer mehrwöchentlichen Haftstrafe verurtheilte. Jahn's gab sich damit nicht zufrieden, sondern legte Revision beim Kammergericht ein. Dies hielt den Einwand für durchgreifend, daß noch nicht festgestellt sei, ob die Streikbrecher überhaupt davon erfahren hätten, daß ihre Namen in der „Am eise“ veröffentlicht wurden. Die Sache wurde deshalb am 28. Februar an die Strafkammer zu dem Zwecke zurückverwiesen, jene unterlassene Feststellung zu bewirken.

Die **Erhebung einer Auflage** gegen die **Donner-Burgen-schaft „Memannia“** wegen Religionsverspottung, die auf einem Katerungzuge begangen sein sollte, ist von der Staatsanwaltschaft in Koblenz abgelehnt worden. Der Wortlaut des staatsanwaltlichen Urtheils lautet wie folgt: „Auf die Anzeige vom 4. August v. J. gegen die Mitglieder der Burgen-schaft „Memannia“ wegen Beschimpfung kirchlicher Gebräuche theile ich Erw. . . mit, daß die angeführten Ermittlungen mir einen Anlaß zu strafrechtlichem Einschreiten nicht bieten. Demgleich ein Theil der vernommenen Zeugen bekundet hat, daß sie in einzelnen Handlungen einiger an dem Anzug beteiligten Personen eine Nachahmung und Ver-spottung von Gebräuchen der katholischen Kirche erblickt haben, so steht diesen Aussagen eine Reihe von (bekanntlich bemerkt katholischen) Zeugen gegenüber, welche in den erwähnten Handlungen lediglich einen studentischen Akt gesehen haben, den sie als eine Nachahmung bezug. Ver-spottung katholischer Gebräuche nicht zu erachten vermögen. Die Ermittlungen haben auch noch andere Momente ergeben, welche dafür sprechen, daß den Beschuldigten bei Ausführung der infrimierten Handlungen jede böse Absicht gemangelt hat. Es fehlt somit ein Beweis dafür, daß die Beschuldigten bewußterweise Handlungen vorgenommen haben, welche eine Beschimpfung von Einrichtungen oder Gebräuchen der katholischen Kirche enthalten. Der Erste Staatsanwalt: Schumacher.“

Ein Arbeiter, der kürzlich in einer zu Sagan abgehaltenen Volksversammlung in ruhiger Form das Dasein Gottes gelehrt hat, ist bekanntlich von Rechts wegen auf Grund des großen Ungehorsams zu 14 Tagen Haft verurtheilt worden.

Zwei Auflagen wegen Anfreizung, von der die eine sich auf an a r c h i t e m Gebiete bewegte und bei verschollenen Thären verhandelt wurde, beschäftigtigen gestern die I. Strafkammer des Landgerichts I. Der Maler Paul Fiedler wurde durch die Beweisaufnahme für überführt erachtet, in einer Versammlung zur Propaganda der That aufgereizt zu haben. Das Gericht verurtheilte ihn hierauf zu einer Gefängnißstrafe von sechs Wochen, wovon 4 Wochen durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. Im zweiten Falle handelte es sich um eine häufig vorkommende Strafsünde. In der Mittagstunde des 2. Dezember sollte ein Arbeiter in der Fennstraße wegen einer angeblichen Ausfressung verhaftet werden. Der Verhaftete zeigte sich aber widerpenig. Unter der Menschenmenge, welche das Schauspiel angelockt hatte, befanden sich viele Personen, die gegen den Beamten Partei nahmen. Der Arbeiter August Jato w gehörte auch zu diesen, er rief dem Verhafteten zu: „Das sollte mir nicht passieren, hau' ihn doch in die Schnauze!“ Im nächsten Augenblick passirte es ihm, daß ein anderer Schumann ihn beim Kragen nahm und ihn zur Wache brachte. Der Gerichtshof meinte, daß dergleichen aufreizende Redensarten leicht die Veranlassung zu folgenschweren Strafskandalen geben könnten und verurtheilte deshalb den Angeklagten zu einem Monat Gefängniß.

Vermischtes.

See-Versicherungsgesellschaft. Die „Hamb. S.-V.“ erhält die nachstehende Mitteilung:

Hamburg, den 27. Februar 1895. Die den Wittwen und Waisen der Befahrung des Schnell-dampfers „Globe“ nach dem See-Unfallversicherungs-Gesetz stehenden Renten sind, soweit solche Hinterbliebene bis jetzt überhaupt ermittelt werden konnten, vom Vorstände der See-Versicherungsgesellschaft festgestellt und heute zur Zahlung angewiesen worden.

Für die Hinterbliebenen der Befahrung der verschollenen Hamburger Dampfer „Napoli“ und „Milo“ sind, soweit solche bis jetzt zu ermitteln waren, ebenfalls die gesetzlichen Renten vom Vorstand der See-Versicherungsgesellschaft bereits festgestellt und zur Zahlung angewiesen worden.

Der **Genossenschafts-Vorstand**: Laeis, Vorsitzender.

Großes Aufsehen erregt in Hamburg die That-sache, der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Berthold habe dem wegen Sittlichkeitsverbrechen in Untersuchungshaft befindlichen, ihm eng-befreundeten Arzte Dr. Samuelson einen Revolver heimlich zuge-steckt, mit welchem dieser alsdann den Selbstmord ausgeführt hat. Berthold meldete persönlich den Sachverhalt dem Ober-Staatsanwalt. Die Angelegenheit wurde dem Disziplinarhofe der Anwaltskammer überwiesen. — Der Verlecher zwischen Breitrad und seinem Verteidiger Dr. Berthold ist, wie das „Hamb. Echo“ schreibt, aufgehoben worden. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Erste Staatsanwalt Uhde infolge dessen, daß Dr. Berthold dem Arzte Dr. Samuelson die Waffe gegeben hat, um sich im Hamburger Untersuchungsgefängniß tödten zu können, angeordnet, daß jeglicher Verlecher zwischen Dr. Berthold und seinem Klienten Breitrad, sowohl schriftlich wie persönlich unterbleiben soll. Auch wurde eine Verlecherung des Breitrad vorgenommen, um sich zu vergewissern, daß demselben keine Gegenstände übergeben waren, womit er seinem Leben ein Ende machen könnte.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Post-Nachnamen oder eine Post-anschrift), unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Druckfehler-Berichtigung. In der 2. Beilage zu Nr. 51 soll es in Spalte 3 Zeile 21 von oben heißen: „Reine der schlimmsten Folgen, welche man sonst von der Konsumvereins-Gründerei befürchtete, ist in Leipzig eingetreten. Im Blatt heißt es statt „eine“, „eine“.

Konsumvereine. Ihr Eingekandt gegen die Ausführungen des Genossen Kron's muß leider bis zur nächsten Nummer verschoben werden.

Berein der Maschinisten, Feizer und Berufs-genossen
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, in den Oranion-Hallen, Oranionstr. 51 (am Moritzplatz):
Verammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Dampfessel-Explosionen. 2. Verschiedenes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.
195/15

Sonnabend, d. 2. März, und Sonntag, den 3. März,
Familienfränzchen
wozu freundlichst einladet
Fritz Zubeil,
Lindur. 106.

Achtung! Parquetbodenleger Berlins u. Umgegend. Achtung!
Grosse öffentliche Versammlung
am Sonntag, den 3. März er., vormittags 10^{1/2} Uhr, bei **Doig Müller,**
Alte Jakobstraße 48a.
Tagesordnung: 1. Die Lohnreduzierung in der Passauer Stab-Parquet-boden-Fabrik, Vertreter Herr Bongemann, und die Folgen derselben. 2. Dis-lustion. — Es ist Pflicht eines jeden Parquetbodenlegers, in dieser Ver-sammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann der Holzarbeiter Berlins.
zu verg. G. Vereinszimmer m. Piano, auch fasserstr. 58. als Zahlstelle z. verg. Poststr. 43.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Sonnabend, 2. März.
Opernhaus. Die Zauberflöte.
Schauspielhaus. Die Nibelungen.
Dritte Abtheilung: Kriemhild's Rache.
Deutsches Theater. Der G'wissenswurm.
Festung-Theater. Der Geizige.
Berliner Theater. Heimath.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Neues Theater. König Heinrich der Vierte.
Theater Unter den Linden. Kapitän Garricciolo.
Schiller-Theater. Der Schwabenreich.
Sellealliance-Theater. Verliebte Mädchen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Ein armes Mädel.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Corps. Gefindeball.
Central-Theater. Unsere Rentiers.
National-Theater. Die lebende Brücke.
Alexanderplatz-Theater. Die Königstochter als Bettlerin oder: Die Schule des Lebend.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Sonnabend, 2. März, abends 8 Uhr:
Der Schwabenreich.
Sonntag, 3. März, nachm. 3 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen.
Abds. 8 Uhr: Der Weichensesser.
Dichter-Abende. Im Bürgerhause des Rathhauses, abends 7 1/2 Uhr: Freiligrath-Abend.
Montag, den 4. März, abends 8 Uhr: Sabale und Liebe.

National-Theater.
Große Frankfurterstrasse 192.
Direktion: Max Samst.
Sensationelle Novität!
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder
Mit neuen Dekorationen und Kostümen.
Die lebende Brücke.
(The span of life.)
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, überfetzt von G. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedocke. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Salowsky. Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Heute Nachmittag 4 Uhr: Schüler-Vorstellung zum Besten des Vereins für Kinder-Volkstänze. Wandelnde Lichtbilder. Zum Schluss: Dorndröschchen.

Adolph Ernst-Theater
Auftreten der ersten Pirouette- u. Courbette-Tänzerin Englands vom Prince of Wales-Theater in London.
Ein fideles Corps.
Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen Original „A Gaiety Girl“ von Jones Sidnes, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren. Vorher:
Gefindeball.
Schwank in 1 Akt von Ed. Jacobson und Jean Kren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété.
Neuerdings „Station Naucke“ genannt.
Vollständig 16 neues Programmi
Naucke
ist noch immer der zugängigste Kassen-Magnet, daher bleibt er noch 8 Jahre (aber mindestens), denn ganz Berlin will Naucke sehen, und 1 1/4 Million Einwohner haben wir, und dazu gehört Zeit, solche Kleinigkeit zu placiren. In Vorbereitung:
Die Kneip-Genies.
Burfeste von Emil Naucke und Arthur Fränkel.

Die 30 000 Dollar-Uhr,
mit dem
Oberammergauer Festspiele
Zugstück d. Weltausstellung in Chicago. Dasselbst mit 6 ersten Preisen gekrönt. Ausgestellt in der „Passage“.
Entree 25 Pf. (889M)

Central-Theater
Alte Jakobstraße Nr. 30.
Emil Thomas a. G.
Novität! Zum 12. Male: Novität!
Unsere Rentiers.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannshardt und Julius Freund.
Musik von Julius Cindschhofer.
Anfang 1/8 Uhr.

Urania
Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Nheros die Anschlagzettel.

Feen-Palast
Burgstr. 22, neben der Börse.
Nenes colossal. Programm.
Die 8 Grunathos.
Die mysteriösen Liliputaner
(darunter die kleinste Serpentin-Längerin der Welt).
Cousin August in seinem brasilian.
Orang-Utang.
Little Ella, das Wunderkind.
Mr. Paolo Vendaro.
Lilly Wellini, Kostüm-Soubrette.
Wilhelm Fröbel.
Berlins 1. Orig.-Humor-Matador.
Gisella-Trio.
The 4 Original-Dissenasos.
Brothers Uliccos.
Anfang: Wochenl. 7 1/2 Uhr, Sonntags: Konzert 6 1/2 Uhr, Vorst. 7 Uhr.

Passage - Panoptikum.
Das Riesen-Kind mit den 24 Fingern.


„Sanssouci“
Kottbuserstraße 12.
Sonntag, den 2. März:
4254. Soirée
der Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Anfang 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Durchweg neues Programm!
Dienstag: Böhmisch. Branhaus.

Donnerstag, den 7. März 1895: unwiderruflich letzte Vorstellung. (Schluß der Saison)
Circus Renz
Carlstrasse.
Sonnabend, den 2. März 1895, abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung
zum Benefiz für den Dressieur und Schutzeiter Herrn Rob. Renz und die Schutzeiterin Frau Renz-Stark.
Donner und Darius in kurzer Zeit auf eine originelle Art dressirt und zum ersten Male in Freiheit vorgeführt vom Benefiziaten Herrn R. Renz. Zum 1. Male: Die doppelte hohe Schule mit den Schulpferden Liberator und Mikado, geritten von den Benefiziaten Herrn R. Renz und Frau Renz-Stark. Zum 1. Male: Madatosso, ostr. Hengst in allen Gangarten der hohen Schule geritten von der Benefiziatin Frau Renz-Stark. Die Post mit 12 Pferden geritten von Herrn Gustav Renz (Sohn der Benefiziaten). Auftreten der weltberühmten Bouhair-Truppe.

Tjo Ni En.
Beim Jahreswechsel in Peking. Neue Musik-Einlagen.
Morgen Sonntag: 2 Vorstellungen (letzte Sonntags-Vorstellungen). Um 4 Uhr nachmittags: Letzte Kinder-Vorstellung (ermäßigter Preise). Die lustigen Keidelberger. Abds. 7 1/2 Uhr: Extra-Vorstellung: Tjo Ni En.
Fr. Renz, Kommissionsrath.
Bobbier II. 1/4 Liter 7, 1/2 Liter 13 Pf.
empf. allen Freunden und Bekannten. Louis Schenk, Oranienstraße 14. 17845

Castan's Panoptikum.
Noch nie dagewesen!
Die Riesen des dunkeln Erdtheils:
Die Dinka,
40 Männer, Frauen u. Kinder. Das schockige Mädchen Marietta.
„Präsident Faure“.

Parodie-Theater
Oranien-Straße 52 (am Moritzpl.).
Madame Sans-Gêne.
Vorher:
Grand Café Unfallverhütung.
Zum Schluß:
Heimath.

Unter den Linden 21.
Ben. Jeden Sonntag Nachmittags
Orientalische Ali-Familienvorstlg. zu halb. Preisen.
Zauber und Bey's
Wunder.
Täglich Anfang 1/8 Uhr.

Bock - Brauerei
Tempelhofer Berg.
57. Bock-Saison.
Täglich:
Militär-Konzert.
Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Lehrkursus d. Berliner Arbeiter u. Arbeiterinnen z. ersten Hilfe bei Unglücksfällen.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß zur Feier d. 7. Stiftungsfestes ein großes
Strandfest
im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 20,
am Sonnabend, den 2. März, gefeiert wird, und am Montag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im rechten Gartensaal: Vortrag und Uebungsstunde unter Leitung des prakt. Arztes Dr. Christeller stattfindet.
Gäste haben einmaligen Zutritt.
156/3 Der Vorstand.

Verband deutscher Korbmacher.
(Filiale Berlin.)
Sonntag, den 3. März, abds. 6 1/2 Uhr, im „Königsbad-Badno“, Holzmarktstraße 72: 158/11
Versammlung m. Frauen.
Tagesordnung:
Vortrag des Stadtv. Th. Mehnert über: „Die Ethik der heutigen Gesellschaft“. Nachdem: Tanz.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Achtung! Stockarbeiter.
Sonntag, den 3. März, vorm. 10 Uhr, Mitgliederversammlung des Vereins z. Wahr. d. Interessen der Stockarbeiter Berlins.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Gen. Jahn über: „Die Entwicklung der Volkswirtschaft“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreichen Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
Wohnungen, 1-3 Stuben von 7 bis 80 M. monatlich, sofort od. z. 1. April Semigsdorferstr. 26. 16338*
Görlicherstr. 42 mehrere freundl. Winterwohnungen, v. 204 M. an, zum 1. April 1895 zu vermieten.
Billig! Zwei Stuben und Küche, vorn, Kleberstr. 15. 2911b
Häufelstr. 18 bill. Wohnungen 1 und 3 Tr. 26465
Freundl. möbl. Schlafst. sof. z. verm. Markusstr. 53, 1 Tr. rechts 2912b

Arbeitsmarkt.
Tüchtige Glasmaier und Vergolderin für Tableauscheiben werden gesucht. 810M
Act.-Ges. Mix & Genest. Telegraphen-, Telephon- und Blitzableiter-Fabrik, Bülowstr. 67.
Goldleisten!
Tüchtige Felzgerinnen finden bei hoch. Verdienst dauernde Beschäftigung. 29006
Föpnerstr. 109a.

Achtung!
Sozialdemokr. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Das Mitglied 284/17
Christian Kasch,
Maurer,
wird morgen Sonntag nachm. 3 Uhr vom Trauerhause, Rheinsbergerstr. 51, aus beerdigt. Um zahlr. Theilnehmung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am 28. Februar 1895 abends starb plötzlich unser lieber Kollege und bewährtes Mitglied, der Zeitungspediteur
Fritz Nieber.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen höchst braven und treuen Genossen und sind es ihm schuldig, sein Andenken in Ehren zu bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. März, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause Gesundbrunnen Prinzen-Allee 87 aus nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde Pappel-Allee statt.
Wir bitten um recht rege Theilnehmung. 123/14
Freie Vereinigung der Berl. Zeitungspediteure und Verkäufer.
J. A.: Der Vorstand.

Todes - Anzeige.
Am 26. d. M. starb mein geliebter Mann, unser guter Vater, der Drechslermeister
Robert Friedrich.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. März, nachmittags 4 Uhr, in Wilhelmsherg statt. 2899b
Frau Friedrich nebst Kindern.

Englischer Hof
Neue Köstl. 3.
Festäle und Vereinszimmer.

Verband der in Buchbindereien,
der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen (Mitgliedschaft Berlin).
Montag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstrasse No. 48a:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gen. Fritz Hansen über: „Entwicklung und Umsturz.“ 2. Mitgliedschafts-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
76/16 Der Vorstand.

Große öffentliche Tischler-Versammlung
Montag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29.
Tages-Ordnung:
1. Die Agitation der hiesigen Tischler-Zunft, die Zunft-Krankenkasse und die Befähigung der Zunft, dem Handwerk nachzuhelfen. Referent: Reichstags-Abgeordneter R. Schmidt.
2. Diskussion.
Zu dieser Versammlung erlauben wir uns, sämtliche Herren Meister höchlichst einzuladen, mit der Versicherung, daß wir Sorge tragen werden, daß, soweit sie selbst es wünschen, ihnen der freieste Spielraum in der Diskussion gelassen wird.
Der Vorstand der Zunft wird hiermit besonders eingeladen.
Der Vertrauensmann der Holzarbeiter Berlins.
G. W a e d e m a n n.
202/17

Achtung!! Vereinshaus, Schönhauser Allee 28.
Saal zu Festlichkeiten u. Versammlungen, Ventilator.
Einige Sonntage im März noch frei. Max Mörschel.
Brenn- und Volitnr-Espiritus, Prima Spirit liefern wieder verkaufen u. Gewerbe-treibenden zu sehr billigen Preisen Hermann Meyer & Co., Berlin Brunnenstr. 39.

Berliner Adreßbuch
Das Manuscript zu dem Anfangs April erscheinenden „Nachtrag 1895“ ist in Arbeit und muss am 15. März, dem Beginne des Satzes, druckfertig sein.
Wir bitten deshalb alle Betheiligten um gef. baldige Meldung der seit Erscheinen der Hauptausgabe etwa eingetretenen Veränderungen und besonders diejenigen, deren Name bei der nothgedungenen kurzen Umlaufzeit der Hauslisten im October bedauerlicherweise ausgeblieben ist, um baldgefällige Angabe der bezüglichen Daten.
Name, kürzestgefasster Beruf, Wohnung, Sprechstunde und die Zeichen für Fernsprecher u. Hauseigentümer sind kostenfrei.
Berlin, C Grünstr. 4 II. Redaktion des „Berliner Adreßbuch“

Meine Wagenlaternen-Fabrik, welche 18 Jahre besteht, will ich wegen meiner Fränklichkeit für solidesten Preis von 7500 M. verkaufen. Dieselbe hat gute, feste Ausstattung, würde sich auch vergrößern lassen. Adressen unter J. H. 6540, Rud. Mosse, Berlin SW., aber Selbstkäufer. (891M)

Unfall-Prozesse
Bureau: Fühwstr. 102, 1 Tr.
66 Unsofft 66
wird alles zugeschnitten in der größten Kletterhandlung Berlins. Größte Auswahl in Herren- und Damenstoffen. Auf Wunsch Anfertigung von Garderobe unter Garantie des Gutes. Größte Auswahl in Knaben-Anzügen.
A. Karle
Waldemarstraße 66.

Stallklub „Einigkeit“
bei Kalmus, Gräfe u. Dieffenbach-Strassen-Ecke. Sitzung jeden Sonnabend v. 9-11 Uhr. Herren, welche geneigt sind, dem Klub beizutreten, werden freudl. erlucht, sich dafselbst einzufinden.
Herren-Hüte 1,25
Einsegnungs-Hüte 85 Pf.
neueste Jagdverlauf das Fabrik-Comptoir, Georgenkirchstr. 5 II.
Kanarienvoller, vorz. Hochhähne, verk. bill. G. S. u. e. l., Weipenssee, Ledderstraße 116. 29145

Vereinszimmer m. Piano noch frei bei Reinhold Streit, Raunynstr. 86.
Vereinszimmer zu verg. Krautstr. 89.

Messerschärfer „Blitz“

Es genügt, d. Klinge 8-10 mal durchzuziehen, um dieselbe scharf wie ein Rasirmesser zu machen.
Preis für Taschenmesser 1,20 M.
für Küchen- u. Tafelmesser 1,50 M.
geg. Einsend. v. 1,30 M. resp. 1,60 M. (a. Briefm.) franco durch:
Feith's Neuheiten-Vertrieb Dresden 3, Pirnaische Straße 34.
Filiale: Berlin C., Stralauerstr. 41.
Ein Vereinszimmer für 40 Pers. mit Piano zu vergeben Thurmstr. 82.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung vom 1. März, 11 Uhr.

Am Ministerische: Hofe und Kommissarien.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf betreffend die Erbschaftsteuer.

Die Veranlassung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel: Elementar-Unterrichtswesen und zwar beim Titel: „Beihilfen zur Unterhaltung höherer Mädchenschulen“.

Abg. Kropatschek (kons.) bedauert, daß man sich ebenso wie bei den Gymnasien auch bei den Mädchenschulen weniger um die Lehrpläne und den Ausbau der Schule, als um die Rang- und Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen bekümmere.

Abg. von Guern (natl.): In dem Ministerialdekret vom 31. Mai v. J. ist eine ganze Fülle von guten und gesunden Gedanken vorhanden, wenn auch noch zu viel die Theorie vorberührt.

Abg. v. Heermann (3.): Das Uebermaß von Wissen sei nur ein Hindernis für die Mädchen, je mehr Wissen man ihnen einpflanze, desto dummer würden sie.

Abg. Schmidt-Warburg (3.) darüber, daß ein Kreis-Schulinspektor in seiner Heimath einer Lehrerin Strafen von 5 M. angebroht habe für gewisse Konventionen, die auf zweifelhafter Auslegung einer Verfügung des Schulinspektors bezüglich des Besuchs der Schulfeste beruhen.

Abg. Schmidt-Warburg: Der betreffende Kreis-Schulinspektor wird sich wohl schwer nach dieser Erklärung hie richten.

Abg. Andree (rs. Bg.) weist die Angriffe des Zentrums auf unser Volksschulwesen zurück. Die Anschauung des Abg. v. Heermann, daß zu viel gelehrt und zu wenig erzogen werde, sei ganz falsch.

Abg. Glattfelder (3.): Man solle einmal untersuchen, ob die Schulerziehung nicht mitverantwortlich sei für die Zunahme der Verbrechen. Die Kirche habe das Recht und die Pflicht, auf die Schule einzuwirken, und niemand habe ein Recht, sie daran zu hindern.

Der Titel wird unter Ablehnung des Antrages von Strombeck unverändert bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels „Elementar-Unterrichtswesen“.

Das Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ wird ohne Debatte bewilligt.

Schlus gegen 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Kultusetat.)

Beschilde veranlaßt hatten, rechtlich nicht begründet seien und beschritt daher den Klageweg. Der Bezirksauschuss wies indessen seine Klage zurück. Sodann wandte sich Bewinski, vertreten durch Rechtsanwalt Schöps, an das Ober-Verwaltungsgericht und wies besonders darauf hin, daß gegenüber seinem Lokale der Schankwirth Werner wohne, welcher ebenfalls den Vorgarten zu Schankzwecken benutze, ohne daß bis jetzt der Verlehr gehört worden sei.

Die Art, wie Herr Rechtsanwalt Schöps den Klageanspruch seines Klienten begründete, ist nicht über, meint die „Volks-Zeitung“ der wir diese Mittheilung entnehmen.

Der Polizei-Wachtmeister Sturmheit stand gestern unter der Anklage der Urkundenfälschung vor der neunten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I.

Die Mißhandlungen geisteskranker Patienten durch die Krankenwärter nehmen in den Privat-Fremdenanstalten in den Vororten Berlins immer noch kein Ende.

Die Mißhandlungen geisteskranker Patienten durch die Krankenwärter nehmen in den Privat-Fremdenanstalten in den Vororten Berlins immer noch kein Ende.

Die Mißhandlungen geisteskranker Patienten durch die Krankenwärter nehmen in den Privat-Fremdenanstalten in den Vororten Berlins immer noch kein Ende.

Die Mißhandlungen geisteskranker Patienten durch die Krankenwärter nehmen in den Privat-Fremdenanstalten in den Vororten Berlins immer noch kein Ende.

Die Mißhandlungen geisteskranker Patienten durch die Krankenwärter nehmen in den Privat-Fremdenanstalten in den Vororten Berlins immer noch kein Ende.

Gewerkschaftliches.

Für die Orts-Krankenkasse der Drechsler findet am Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Grauer, Oranienstraße 121, eine Delegirtenversammlung statt.

Achtung, Stuhlbaner! Am Sonnabend wurde förmlich Stuhlbanern der Firma Arthur März in Rabenau-Sachsen, gekündigt, ohne daß hierfür ein Grund angegeben wurde.

Achtung, Lithographen! Die organisierten Lithographen Amerikas beabsichtigen gegen die verberbliche Alfordarbeit vorzugehen.

Wegen ausgebrochener Lohn Differenzen in der Malerei der Firma Giby in Düsseldorf werden die Porzellanmaler allerorts ersucht, den Zugang nach dort fernzuhalten.

Zug von Tischlern ist fernzuhalten von Pforzheim (Weiß'sche Möbelabrik); es streiken dort 30 Mann.

Der Streik der Eisenmöbelarbeiter in Budapest dauert fort. Der Werkführer, dessen brutales Auftreten mit die Veranlassung zur Arbeitsniederlegung war, hat sich nach Wien und auch ins Ausland gewandt, um Arbeitskräfte zu erhalten.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Die Streikkasse beschlagnahmt. Die Streikkasse der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in portielem Zustand befinden, wurde gestern Nacht infolge direkten Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlag belegt.

Gerichts-Zeitung.

Herr Wilhelm Danneberg, Tischler, Graubenzersstr. 13 theilt uns mit, daß er mit dem kürzlich in Sachen des Lotteriegewinns angeklagt gewesenen Tischler gleichen Namens nicht identisch ist.

Die Anträge auf Benutzung von Vorgärten zu Schankzwecken in denjenigen Stadttheilen, welche von dem wohlhabenderen Publikum bewohnt werden, will der Berliner Polizeipräsident grundsätzlich ablehnen.

Wieder ein Prügelpädagoge. Wegen Mißhandlung eines Schulfreies ist vom Landgericht Wauken am 13. Dezember vorigen Jahres der Volksschullehrer Johann Wilhelm Kretschmar zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt worden.

Die Anträge auf Benutzung von Vorgärten zu Schankzwecken in denjenigen Stadttheilen, welche von dem wohlhabenderen Publikum bewohnt werden, will der Berliner Polizeipräsident grundsätzlich ablehnen.

Dank Forening Frejs, Oranienstrasse 111, Mödelfan hver Lördag kl. 9. Besögende ära velkomne. Danke Aviser findes i Lokale.

Waarenhaus Sigm. Simonson, Oranienstraße 166, 2. Haus vom Oranienplatz.
Doppeltbreit schwarzer Kleiderstoff, Meter 55 Pf. | Gardinenreste, hochfeine Qualität, Meter 38 Pf.

Möbel-

Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Elegante Nussbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden und Vertikows 30 M., einfache 15 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtisoleiten, Küchenspinden, Kommoden 12 M., Stühle 8 M., Sophasische 6 M., Säulen-Trumeaus 65 M., Plüschgarnitur 60 u. 100 M., Muschelspinden 40 M., Paneeleophas 80 M., Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureauz, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand verkümmern, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gelassene Möbel werden bis 1. April kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt. 16842*
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten !! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Durch 16838*
Ankauf auf Auktionen und Konfirmationen bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen als alle anderen Geschäfte. Ich verkaufe daher:
Hochelegante Einsegnungs-Anzüge von 9,50 M. an
Hochelegante Herren-Sommer-Paletots von 8,75 M. an
Elegante Damenmäntel und Jaquets von 5,50 M. an
Hocheleg. Herrenanzüge v. 12,50 M. an
Hocheleg. Herrenhosen von 2,75 M. an
Leber- und Arbeitshosen zu 2,35 M. an
Hocheleg. Kellner-Jaquets und Hosen von 4,75 M. an
Knaben- und Burschenanzüge in allen Größen. Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Taschenmesser, Wehre, Harmonika's Betten, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu enorm billigen Preisen.
Gustav Lucke, Waarenhaus,
131. Oranienstr. 131.

Vier Mark kosten 2 Kabinet- und 12 Wirtsbilder bei **Söhme, Lindenstr. 43,** gegenüber der Zimmerstraße.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Köchlein, 59, vorn 1., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit vertriehen gewesene u. neue Möbel (spottbillig) verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nussbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Zylinderbureauz, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneeleophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Goullissentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gelassene Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Hut-Engros-Geschäft

Alwin Sussmann, Holzmarktstraße 38, part. rechts.
Grösste Auswahl in dieser Branche.
Steife und weiche Herrenhüte von 2,-, 2,40. Extra-Qualität 2,80. Kinderhüte von 1,- an. Cylinderhüte von 5-10 M. Chapeau-Clagues 9-12 M.

M. Schulmeister
Schneidermeister,
Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,
empfiehlt zur bevorstehenden Saison nachstehende Spezialartikel:
Einsegnungs-Anzüge, 1- und 2reihig, in reinwollenem Satin, Kammgarn u. glatten Tuchstoffen, von M. 12 an.
Jaquet-Anzüge in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1- u. 2reihig 18-24
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal, Kammgarn, Cheviot u. Satin-Stoffen, 1- u. 2reihig 20-35
Jaquet-Anzüge modernster Farben in Satin u. englischen Cheviot-Stoffen, elegante Ausföhrung 22-36
Rock-Anzüge in guten, wollenen, schwarzen Kammgarn- u. Satin-Stoffen, moderner Façons 25-38
Gehrock-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2reihig 30-45
Paletots, ehsfarbig in Satin und Diagonal 15-30
Paletots in hochfeinen Kammgarn- u. Cheviot-Stoffen 20-35
Paletots, Sackfaçons, ohne Naht 18-27
Reinkleider in dauerhaften, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot 5-10
Reinkleider, in engl. Dessins und engl. Façons 8-14
Knabenspaletots, Knabensanzüge kleidsamer Façons in großer Auswahl.
Schulanzüge in Cheviot, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig zc. 17409*
Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.
Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerz. Zahnzahen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 23 Spr. 3-7 Uhr. (26116)

Jede Uhr
zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch). Keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silberne Cylinder-Memontoirs, 6 Steine, von 12 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Memontoirs, 14 Karat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.
E. Rothert & Stoiz, Geschäft: Andreasstr. 62. Chausseestr. 78
54861* Uhrmacher.

Alle soliden Herren-
tuche, Cheviot, Kammgarn u. s. w. von den einfachsten bis zu den feinsten, liefert zu Fabrikpreisen die Aachener Tuch-Industrie, Aachen, Franzstraße. Reichhaltige, gediegene Musterauswahl kostenlos an jedermann!
Spezialität: Monopol-Cheviot, 3/4 m, schwarz, blau od. braun, zu einem soliden, modernen Anzug! für zeh'n Mark! Direkter Bezug vom Fabrikort Aachen, weltbekannt durch seine guten, reellen Tuchwaaren! Ohne Konkurrenz! 28431

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum; Küchensmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Franz Tutzauer, SW. Blücherstr. 14.

Einsegnungs-Anzüge
in blau und schwarz Kammgarn und Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen. **J. Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.**
16248*
Feste Preise. Spezial: Anfertigung nach Maass. Feste Preise.

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brauntweine, alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak.
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26.
Kleinerkauf von 10 Pf. ab.

Wichtig für Jedermann!
Gegen wollene Lumpen aller Art liefern moderne, haltbare Kleider-, Unterrock- und Läuferstoffe, Schlafdecken, Teppiche, sowie Indischin, blau Cheviot und Koden anerkannt billig. - Winter frei.
Gebrüder Cohn, Ballenstedt a. Harz 7.
Sammelstelle und Musterlager in Berlin: NW, Lützowstr. 36 v. 1. bei Frau S. Jablonsky, sowie in deren Filialen: U., Hirtenstr. 21 und Prenzlauerstraße 18, bei E. Baum; N., Houskirch-Platz 3 bei A. Gorbier. 14653*

Fritz Bock, Herren- u. Knabengarderobe, Schneidermeister, Oranienstr. 204.
fertig und nach Maass. - Garantie für tadellosen Sitz.
Große Auswahl in deutschen und englischen Stoffen.
Bestellungen in kürzester Zeit. - Billigste, feste Preise.

Martin Klein, Uhrmacher,
25 Neue Hoch-Strasse 25
Lager aller Arten Uhren.
Reparaturen zu soliden Preisen

Köpenick.
Große öffentliche Volksversammlung
am Sonntag, den 3. März, nachmittags 2 Uhr,
im Saale des Herrn Klein (Stadttheater).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: "Die Tabakfabrikationssteuer-Vorlage und ihre Folgen."
2. Diskussion. 3. Lokal-Angelegenheiten. 259/6
Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree.
Der Vertrauensmann.

Achtung! Britz. Achtung!
Sonntag, den 3. März, nachmittags 2 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Karl Dorn, Bürgerstr. 4.
Mitglieder-Versammlung
des Volksbildungs-Vereins für Britz und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Fritz Zubel aus Berlin über: "Die Sozialdemokratie und das allgemeine Wahlrecht." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Gäste haben Zutritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
257/20 Der Vorstand.

Oranien-Bad, Oranienstraße 44,
zw. Moritz- u. Oranienplatz.
Bäder-Besitzer für sämtl. Krankenkassen Berlins u. Umgegend.
Dampfbäder, Badung in seidenen Laken, Massage, Vereins-
mitglieder zahlen nur 75 Pfg. pro Bad mit Badung u. Massage.
Wannenbäder, 3 Bäder mit Seife u. Handtücher 1 Mk.
Außerdem: Sool-, Schwefel-, Sitzbäder. Neu eingerichtete
Abtheilung: Güsse, Wickel etc. System Knolpp.

Wilhelm Roll, Weiß- und Bairischbier-Lokal, Waldemarstr. 61, Ecke Mariannenplatz.
Hochfeine Weißbier, vorzügliches Lagerbier (Brauerei Pichelsdorf), kalte und warme Speisen u. Getränke zu jeder Tageszeit. Vereinszimmer mit Piano für 40 Personen. Zahlstelle der "Berliner Bauhandwerker-Krankenkasse", unentgeltlicher Arbeitsnachweis und Verkehrslokal (jeden Sonntag Morgen- sprache) der Maurer des Süd-Ostens. 17499*

Jede Uhr
reparieren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1,50 M., außer Bruch. Keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer u. gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren u. Wecker zc. Alle Arten Ketten, sowie Brillen und Vincenz. 18809*

Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.
Bitte genau auf No. 34 zu achten.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hitzshko, gegründet 1872, Stalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. 18878*

Hosen! Hosen!
billig Pfandleihe Stalitzerstr. 18.

Milchgeschäfts- Utensilien und Kochergeräthe, Jordan, Kleine Markstr. 28.

Nussbaum-Möbel.
Verkaufe sof. vollständige Wohn- und Schlafzimmereinricht. spottbill., auch einzeln, sowie Regulator, Teppiche, Silber, Steppdecken, Plüschgarnitur (Brautleuten empfehlenswerth). Landwehrstraße 5/6.

Sophabezugs-Neste
Tischdecken-Neste, Portieren-Neste, Gardinen-Neste am billigsten Grünor Weg 57.

Achtung!
Zahnerlag, auch Theilzahl., wöchentl. 1 Mark, Guckel, Kaiserplatz 2, Gassastr. 12.

Friseurin empfiehlt sich in und außer dem Hause
Mantuffel-Str. 110a Hof. Lp. Jordsberg

Alte Stiefel, Reparatur, reell u. bill.
Kunze, Kneuburgerstr. 178. (17646)

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schuhmarke.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentafel 2 Bld. 70 Pfg. 14683*
H. F. Dinolage,
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Ausverkauf
v. Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaaren wegen Aufgabe des Ladengeschäfts zu herabgesetzten Preisen von
Julius Apelt,
Sebastianstr. 20.

Köpenick.
Große öffentliche Volksversammlung
am Sonntag, den 3. März, nachmittags 2 Uhr,
im Saale des Herrn Klein (Stadttheater).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: "Die Tabakfabrikationssteuer-Vorlage und ihre Folgen."
2. Diskussion. 3. Lokal-Angelegenheiten. 259/6
Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree.
Der Vertrauensmann.

Achtung! Britz. Achtung!
Sonntag, den 3. März, nachmittags 2 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Karl Dorn, Bürgerstr. 4.
Mitglieder-Versammlung
des Volksbildungs-Vereins für Britz und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Fritz Zubel aus Berlin über: "Die Sozialdemokratie und das allgemeine Wahlrecht." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Gäste haben Zutritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
257/20 Der Vorstand.

Oranien-Bad, Oranienstraße 44,
zw. Moritz- u. Oranienplatz.
Bäder-Besitzer für sämtl. Krankenkassen Berlins u. Umgegend.
Dampfbäder, Badung in seidenen Laken, Massage, Vereins-
mitglieder zahlen nur 75 Pfg. pro Bad mit Badung u. Massage.
Wannenbäder, 3 Bäder mit Seife u. Handtücher 1 Mk.
Außerdem: Sool-, Schwefel-, Sitzbäder. Neu eingerichtete
Abtheilung: Güsse, Wickel etc. System Knolpp.

Wilhelm Roll, Weiß- und Bairischbier-Lokal, Waldemarstr. 61, Ecke Mariannenplatz.
Hochfeine Weißbier, vorzügliches Lagerbier (Brauerei Pichelsdorf), kalte und warme Speisen u. Getränke zu jeder Tageszeit. Vereinszimmer mit Piano für 40 Personen. Zahlstelle der "Berliner Bauhandwerker-Krankenkasse", unentgeltlicher Arbeitsnachweis und Verkehrslokal (jeden Sonntag Morgen- sprache) der Maurer des Süd-Ostens. 17499*

Jede Uhr
reparieren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1,50 M., außer Bruch. Keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer u. gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren u. Wecker zc. Alle Arten Ketten, sowie Brillen und Vincenz. 18809*

Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.
Bitte genau auf No. 34 zu achten.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hitzshko, gegründet 1872, Stalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. 18878*

Hosen! Hosen!
billig Pfandleihe Stalitzerstr. 18.

Milchgeschäfts- Utensilien und Kochergeräthe, Jordan, Kleine Markstr. 28.

Nussbaum-Möbel.
Verkaufe sof. vollständige Wohn- und Schlafzimmereinricht. spottbill., auch einzeln, sowie Regulator, Teppiche, Silber, Steppdecken, Plüschgarnitur (Brautleuten empfehlenswerth). Landwehrstraße 5/6.

Sophabezugs-Neste
Tischdecken-Neste, Portieren-Neste, Gardinen-Neste am billigsten Grünor Weg 57.

Achtung!
Zahnerlag, auch Theilzahl., wöchentl. 1 Mark, Guckel, Kaiserplatz 2, Gassastr. 12.

Friseurin empfiehlt sich in und außer dem Hause
Mantuffel-Str. 110a Hof. Lp. Jordsberg

Alte Stiefel, Reparatur, reell u. bill.
Kunze, Kneuburgerstr. 178. (17646)

Ausverkauf
v. Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaaren wegen Aufgabe des Ladengeschäfts zu herabgesetzten Preisen von
Julius Apelt,
Sebastianstr. 20.

Orchestrión-Konzert
Weinbergsweg 110. 26096
Richard Schiele's 26815
Concordia - Garten, (zum Wasserwerk) Lichtenberg, Landsberger Chaussee 1. (Verbind. v. d. Petersburgerstr.) Jed. Sonntag: Gr. Ball unter Leitung d. Tanzl. Ost. Richter. Empf. in Saal, ca. 600 Pers. fast, für Vereine, Festlichkeiten u. Versammlung.

Carl Tutzauer
Admiralstr. 38.
Säte für Vereine
Kegelbahn
noch einige Tage frel.

Alte Jakobstraße 93 Wilhelm Bursch. Alte Jakobstraße 93
(an der Seydelstraße).

Gröfning des Ersten Berliner Spezial-Geschäfts
für sämtliche Artikel zur Polsterei und Dekoration, insbesondere: Teppiche, Gardinen, Portièren, Möbelstoffe, Polstermaterialien etc. Einzelverkauf zu Engros-Preisen.